

Jahresbericht 2021

über die in diesem Jahr abschließend behandelten Petitionen gemäß dem Gesetz
über Petitionen in Wien

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
Gemeinderatsausschuss für Petitionen.....	4
Übersicht über die 2021 abschließend behandelten Petitionen (Statistik).....	4
Form der Einbringung und Unterstützung	4
Veröffentlichungen auf der Petitionsplattform	5
Behandlung im Petitionsausschuss	5
Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen	6
Thematische Zuordnung	6
 Zu den einzelnen Petitionen	 7
 A. Abschließend behandelte Petitionen:	 7
1) Rettet Heiligenstadt vor massiver Verbauung	7
2) Privatsphäre vor Nachverdichtung – Bauprojekt Montecuccoliplatz PD7460E2.....	9
3) Lerchenfelderstraße wird eine Begegnungszone.....	11
4) Radweg Dornbach-Neuwaldegg/Sicher Radfahren in Dornbach	13
5) Unser Donaukanal – Petition für den Donaukanal als konsumfreien Treffpunkt und Freizeitort statt Gastropachtfläche!	15
6) Erhalt Baumbestand Bildungsgrätzl Josefstadt.....	17
7) Initiative Erhaltung der Eisteichgründe - Stadtwald.....	19
8) Bürgerinitiative Servitenviertel.....	21
9) Platz für Wien. Die Initiative für eine klimagerechte, verkehrssichere Stadt mit hoher Lebensqualität.....	23
10) Petition L(i)ebenswerte Löwengasse	26
11) Nein zum Radweg Krottenbachstraße/Obkirchergasse.....	28
12) Neubau Westausfahrt: Nein zur Verkehrslawine neben Wohnbaugebiet – Ja zu einem Naherholungsgebiet Wiental	30
13) Nein zu diesen Radwegplänen in der Krottenbachstraße !.....	32
14) Radweg Krottenbachstraße jetzt	34
15) Coole Hasnerstraße 2021.....	36
16) JA ZUR SPORTHALLE DÖBLING	38
17) Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Platzes in Dr.-Hugo-Portisch-Platz und Mahnmal gegen Antisemitismus	40
18) Die Ramperstorfer platzt.....	42
19) Amtshaus am Siegesplatz der Öffentlichkeit erhalten.....	45
20) Erhalt der Einfamilienhaus- und Gartensiedlung St. Hubertus in 1130 Wien	47
21) Freier Naschmarkt statt offener Markthalle.....	49
22) Erdberger Steg muss bleiben	52
23) Finanzielle Gleichstellung aller ganztagsgeführten Schultypen in Wien.....	54
24) Gegen die Kürzungen im Schulwesen und den Abbau der Lehrkräfte	56
25) Kurzparkzonen in den Außenbezirken auch in Zukunft nur bis 19.00 Uhr	58

26) Erhalt der Gärtnerei Ganger!	60
--	----

B. Unzulässige Petitionen62

1) Blutspenden auch für Homosexuelle	62
2) Petition „Journalistischer Eid“	63
3) Ersatzstimme und „Abschaffung“ der verlorenen Stimme.....	65
4) Einführung der Motorbezogenen Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge	66
5) Geschlossene Fahrerkabine für alle Busse im Wiener Ortslinienverkehr	67
6) Rückerstattung des Wiener Linien Tickets für Studierende	68
7) Verlängerung der U6 bis Stammersdorf (besser bis zum G3) und Errichtung einer Park and Ride Anlage ebendort	69
8) Herr- Wichtigkeit von Radwegen	70
9) Ort der Zulassung aus Auto-Kennzeichen entfernen	71
10) Reduktion des durch den Schienenverkehr erzeugten Lärms in Oberlaa.....	72
11) Demonstrationen, welche den Verkehr maßgeblich beeinträchtigen, untersagen	73
12) Alles gurgeln 5 Tage Gültigkeit	74
13) Fahrradfahren mit Verantwortung	75

C. Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen76

1) CHANCEN FÜR ALT-PENZING - Für ein lebenswertes Grätzl	76
2) Gesicherte Standplätze für E-Oldtimer Autos in der Innenstadt in Wien	77
3) Deine Chance für neue LEBENSadern im Herzen von Währinger-Straße und Gentzgasse	78
4) Rennstrecke Thaliastraße	80
5) Ein neues Hallenbad für die Leopoldstadt	81
6) Unbefristeter Erhalt des Wildtierbestandes im Schaugehege beim Lainzer Tor gegenüber dem Spielplatz	82
7) Ringstraße für Fußgänger:innen öffnen	83
8) Risikofreie und Faire Wahlordnung in COVID-19 Pandemie-Zeiten.....	84
9) Verkehrsberuhigung im 22. Bezirk	86
10) Citybike Wien	87
11) Koloniestraße Höhe Nr. 81 (21. Bezirk): (Wieder-)Errichtung eines gesicherten Schutzweges/Zebrastrreifens	88
12) Externe Angebote in Kindergärten.....	89
13) Reduzierung der Geschwindigkeit der Straßenbahnlinie 11 zwischen den Stationen Otto-Probst-Straße und Tesarekplatz	90
14) Längere Grünphase für Fußgänger/innen bei der Kreuzung St. Marx.....	91
15) Umbenennung des Karl Marx Hofes – Black-Lives-Matters – Null Toleranz für Antisemitismus und Rassismus	92
16) Aussetzung aller Landesabgaben und –steuern für Hotels, Gasthäuser, Restaurants, Kaffeehäuser bzw. sämtlicher Tourismusbetriebe min. 6 Monate.....	93
17) Keine öffentlichen Gelder für heute und Österreich/oe24	94

Einleitung

Das Gesetz über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, ist am 22. Jänner 2013 in Kraft getreten. Die letzte Änderung erfolgte durch LGBl. Nr. 38/2019.

Gemeinderatsausschuss für Petitionen

Der mit 18. Februar 2021 neu konstituierte Gemeinderatsausschuss für Petitionen (Petitionsausschuss) tagte im Jahr 2021 unter dem Vorsitz von Gemeinderätin Mag.^a Andrea Mautz-Leopold (SPÖ) am 18. Februar 2021, am 27. April 2021, am 2. Juli 2021, am 10. und 17. September 2021 sowie am 18. November 2021.

Übersicht über die 2021 abschließend behandelten Petitionen (Statistik)

Form der Einbringung und Unterstützung

Von den im Jahr 2021 im Petitionsausschuss abschließend behandelten 39 Petitionen wurden 26 online über die elektronische Plattform (<https://www.wien.gv.at/petition/online/>) und 13 in Papier über die MA 62 eingebracht.

In den Vorjahren wurden

- 2020 17 Petitionen,
- 2019 26 Petitionen,
- 2018 23 Petitionen,
- 2017 15 Petitionen,
- 2016 17 Petitionen,
- 2015 12 Petitionen,
- 2014 35 Petitionen und
- 2013 49 Petitionen

abschließend behandelt.

Petitionen, die in Papierform eingebracht wurden, wurden teilweise auch online über die Petitionsplattform unterstützt. Bei Petitionen wiederum, die online eingebracht wurden, wurden auch Unterstützungen in Papierform nachgereicht. Die vom Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit, beide Formen der Unterstützung zu nutzen, wurde somit in Anspruch genommen.

Veröffentlichungen auf der Petitionsplattform

Es wurden sämtliche Petitionen mit den beigebrachten Unterlagen, alle im Zuge des Verfahrens vor dem Petitionsausschuss eingeholten Stellungnahmen sowie die Beantwortungen zu den jeweiligen Petitionen auf der Petitionsplattform unter <https://www.wien.gv.at/petition/online/> (soweit erforderlich anonym) veröffentlicht. Zudem sind insbesondere auch die Protokolle der jeweiligen Petitionsausschusssitzungen im Internet abrufbar.

Behandlung im Petitionsausschuss

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 39 Petitionen im Petitionsausschuss abschließend behandelt. Von diesen Petitionen waren eine Petition im Jahr 2019, 13 Petitionen im Jahr 2020 sowie 25 Petitionen im Jahr 2021 eingebracht worden.

Die durchschnittliche Dauer der Behandlung vom Erreichen der erforderlichen 500 Unterstützungen bis zur abschließenden Behandlung dieser Petitionen im Petitionsausschuss betrug 2,8 Monate. Der Zeitraum vom Einbringen der Petition bis zur abschließenden Behandlung im Petitionsausschuss betrug durchschnittlich 5,8 Monate.

Der Petitionsausschuss holte zur inhaltlichen Behandlung der Petitionen im Jahr 2021 insgesamt 229 Stellungnahmen ein.

Bei 25 Petitionen beschloss der Petitionsausschuss, die Einbringerin bzw. den Einbringer zur näheren Erläuterung der Petition einzuladen.

In 25 Fällen beendete der Petitionsausschuss die Behandlung dadurch, dass er den zuständigen Organen gegenüber Empfehlungen aussprach. Bei einer Petition wurde die Behandlung ohne Ausspruch einer Empfehlung beendet.

Bei 13 der im Jahr 2021 abschließend behandelten Petitionen war keine Angelegenheit der Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke bzw. keine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes Wien im Sinne der Art. I §1 Abs. 1 Z. bzw. Art. II des Gesetzes über Petitionen in Wien betroffen, weshalb der Petitionsausschuss die Unzulässigkeit dieser Petitionen beschloss.

3 Petitionen wurden im Jahr 2021 noch nicht abschließend behandelt und wird deren Behandlung im Jahr 2022 fortgesetzt.

Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen

Gemäß § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien ist die Abgabe von Unterstützungserklärungen bis zum Ablauf eines Jahres ab Einbringen einer Petition möglich.

Im Jahr 2021 erreichten 17 Petitionen binnen Jahresfrist nicht die erforderlichen 500 Unterstützungserklärungen im Sinne des § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien. Diese Petitionen wurden auf der Petitionsplattform auf den Status „Beendet“ gesetzt und damit ohne inhaltliche Befassung des Petitionsausschusses abgeschlossen.

Thematische Zuordnung

Die im Jahr 2021 abgeschlossenen Petitionen betrafen Angelegenheiten aus folgenden Geschäftsgruppen, Bezirken, bzw. sonstigen Stellen:

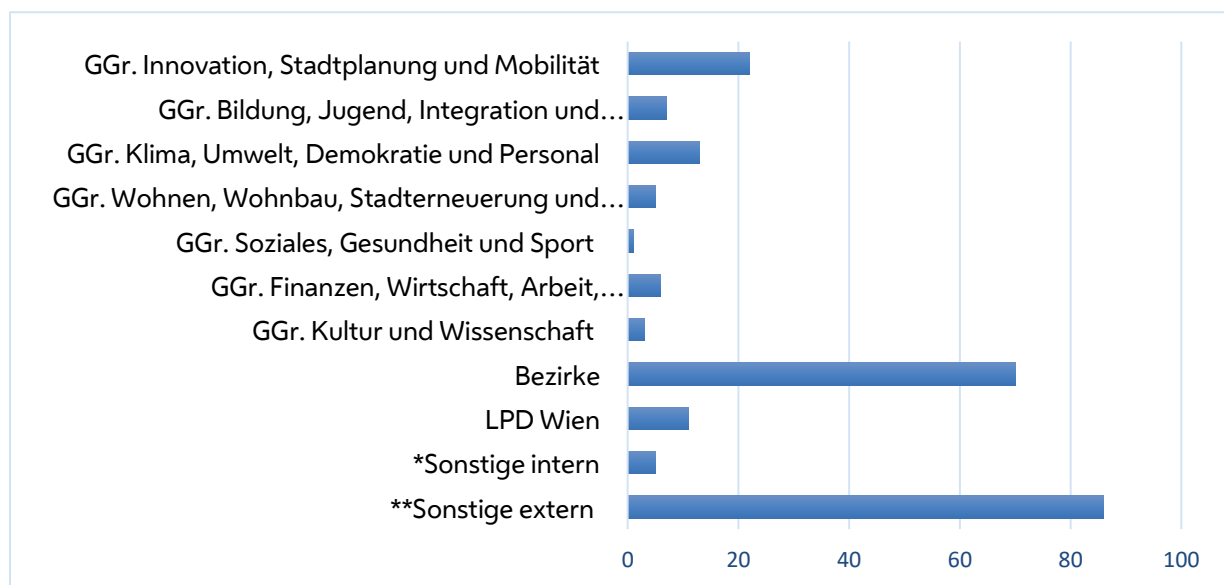


Abbildung 1: Die von Petitionen betroffenen Bereiche 2021¹

* Sonstige Stellen intern:

Magistratsdirektion - Bauten und Technik, Bildungsdirektion

** Sonstige Stellen extern:

Kuratorium für Verkehrssicherheit, Mobilitätsagentur, Kammer der Ziviltechniker*innen, Architekt*innen und Ingenieur*innen für Wien, Universität für Bodenkultur Wien, Umweltbundesamt, BIG-Bundesimmobiliengesellschaft, Mietervereinigung Wien, ASFINAG, Wirtschaftskammer Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte, Landwirtschaftskammer Wien, Verband der Elternvereine an höheren und mittleren Schulen Wien, Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, Zentralausschuss der Wiener Landeslehrer*innen an APS, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Wiener Umwelthanwaltschaft, Wiener Linien GmbH & Co KG, VCÖ, ARBÖ, ÖAMTC

¹ Dies wurde anhand der vom Petitionsausschuss eingeholten Stellungnahmen beurteilt. Eine Petition kann mehrere Angelegenheiten betreffen.

Zu den einzelnen Petitionen

A. Abschließend behandelte Petitionen:

1) Rettet Heiligenstadt vor massiver Verbauung

Inhalt der Petition:

Petition "Rettet Heiligenstadt" vor Verbauung bzw. Beeinträchtigung der Erholungsgebiete, Sport, Kleingarten und Park und der Vienna Bilingual School, Grinzingerstraße. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan PD 8247, sieht in unmittelbarer Umgebung der gewidmeten Erholungsgebiete Sport, Kleingarten und Park, eine massive Verdichtung des Planungsgebietes für Zwecke des Wohnens und Schulstandortes vor, deren Notwendigkeit unter Bezug auf die allgemeinen Beschlüsse des Wiener Gemeinderates und die Formulierungen des STEP25 (Stadtentwicklungsplan) im Besonderen, sowie der im speziellen dazu herangezogenen Fachkonzepte nicht, nicht ausreichend, beziehungsweise falsch (z.B. Fachkonzept Grün- und Freiraum Typ2 anstelle von richtigerweise Typ3, bzw. sogar Typ 5) begründet ist. Die im Entwurf angeführte Ziele werden in nahezu allen Punkten nicht erreicht. Die Forderung der Petition besteht daher, die Grundlagen für die Widmungsänderung neu zu erarbeiten, beziehungsweise zu bewerten und auf diesen Grundlagen ein, in fachlich und sachlich und den tatsächlichen Gegebenheiten räumlicher, natürlicher und gesellschaftlicher Anforderungen entsprechender Weise, neues Plandokument zu erstellen.

Datum der Einbringung:

16. März 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-250708-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

3. Juni 2020

10. September 2020 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

18. Februar 2021

27. April 2021

2. Juli 2021

Stellungnahmen:

- der damaligen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürger*innenbeteiligung, Frau Vizebürgermeisterin Birgit Hebein
- des damaligen amtsführenden Stadtrates für Bildung, Integration, Jugend und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 19. Bezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Frau Mag.^a Ulli Sima

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, unter Bedachtnahme der im Rahmen der öffentlichen Auflage eingegangenen Stellungnahmen eine sensible Entwicklung, besonders im Hinblick auf den historischen Siedlungscharakter, sicherzustellen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da nach intensiver Standortprüfung Bedarf an einem Ausbau von Schulraum erforderlich ist und eine Erhöhung der Schüler*innen- und Klassenanzahl auch zu einer qualitativen Aufwertung des Standortes beiträgt.

2) Privatsphäre vor Nachverdichtung – Bauprojekt Montecuccoliplatz PD7460E2

Inhalt der Petition:

Wir fordern die zuständigen Politikerinnen und Politiker in der Wiener Landesregierung auf tätig zu werden und das gegenständliche Projekt für eine neue Wohnbebauung im Bereich der bestehenden Ladenzeile der Wohnhausanlage der Stadt Wien - Wiener Wohnen 1130 Wien, Montecuccoliplatz 1-3 anhand folgender Forderungspunkte abzuändern:

- 1) Von der Errichtung eines Neuen, mehrstöckigen Wohngebäudes anstelle des bestehenden, ehemaligen Verkaufsgebäudes des KOMSUM (später Zielpunkt) soll abgesehen werden. Der Abstand zu den bestehenden Gebäuden ist zu gering. Dies hat auch der Fachbeirat festgestellt.
- 2) Vom ersatzlosen Entfall der oberirdischen Stellplätze zwischen den Stiegen 1 und 10 ist abzusehen. Auch für die aktuellen Mieter müssen ausreichend Stellplätze in einer Tiefgarage geschaffen werden.
- 3) Für die bestehenden Gebäude der Wohnhausanlage ist ein Sanierungskonzept gemeinsam mit einem Zeitplan vor der Genehmigung der Flächenwidmungsänderung vorzustellen.
- 4) Die Zu- und Ausfahrt zur Tiefgarage über eine der Nebenstraßen und nicht über den Montecuccoliplatz zu führen.
- 5) Die Aufstockung der bestehenden Gebäude wird vehement abgelehnt.

Datum der Einbringung:

19. März 2020

Form der Einbringung:

Papierform

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-256916-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- der Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silke Kobald
- der Mietervereinigung Wien
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál auszusprechen, weiterhin unter Berücksichtigung einer sanften Nachverdichtung, neuen leistbaren Wohnraum zu schaffen und die Bewohner*innen regelmäßig und aktiv über die Bau- und Planungsvorhaben zu informieren.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da bereits im Planungsverfahren auf die Anregungen des Fachbeirates reagiert wurde und das Vorhaben die maximal mögliche Bebaubarkeit weder flächenmäßig, noch der Höhe nach ausnutzt.

3) Lerchenfelderstraße wird eine Begegnungszone

Inhalt der Petition:

Da die Lerchenfelderstraße im 7. und 8. Bezirk zunehmend als „Schleichweg“ für den Durchzugsverkehr in Richtung Stadt und stadtauswärts Richtung Gürtel genutzt wird, hat sich hier die Wohnqualität (insbesondere durch Lärm und Dreck), der Wirtschaftsstandort (kaum Ansiedeln neuer Betriebe etc) und die Verkehrssicherheit massiv verschlechtert. Auch gilt eine übliche Geschwindigkeitsbeschränkung, die aber leider von vielen KfZ-LenkerInnen ignoriert wird (sofern sie mal nicht im Stau stehen). Wir fordern daher auch in der Lerchenfelderstraße eine Begegnungszone, zumindest zwischen Neubaugasse und Langegasse (und bei den beiden Gassen jeweils eine Verlängerung der bestehenden Begegnungszone bis zur Lerchenfelderstraße). Eine Begegnungszone fördert die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs (auch indirekt des öffentlichen Verkehrs), und steigert gleichzeitig die Lebensqualität. Die positiven Auswirkungen durch die Umgestaltung in eine große Begegnungszone stärken wiederum die Kaufkraft und schaffen Arbeitsplätze.

Datum der Einbringung:

21. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 624912-2020 – GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

10. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 7. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Mag. Markus Reiter
- des Bezirksvorstehers für den 8. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Mag. Martin Fabisch
- des Auto-, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Arbeiterkammer für Wien

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirkes, Herrn Mag. Markus Reiter sowie an
- den Bezirksvorsteher des 8. Wiener Gemeindebezirkes, Herrn Mag. Martin Fabisch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 10. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 7. Wiener Gemeindebezirk Mag. Markus Reiter und an den Bezirksvorsteher für den 8. Wiener Gemeindebezirk Mag. Martin Fabisch auszusprechen, eine breite Beteiligung der Bürger*innen in Form eines offenen Planungs- und Dialogprozesses vorzusehen, deren Ergebnis unter Berücksichtigung von verkehrlichen Auswirkungen, der öffentlichen Verkehrsmittel und der Realisierbarkeit in Form eines offenen und, die Basis für die künftige Straßendetail- und Verkehrsplanung sein soll.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da diese Initiative im Einklang mit den Zielen betreffend Klimawandelanpassung, Veränderung des Modal Split und hin zu Stärkung des Umweltverbundes steht und dazu beiträgt, dass der öffentliche Raum attraktiver und aufgewertet wird.

4) Radweg Dornbach-Neuwaldegg/Sicher Radfahren in Dornbach

Inhalt der Petition:

Die zuständigen BezirksrätInnen und StadträtInnen mögen Maßnahmen ergreifen, um mittels eines durchgehenden Radweges die aktuellen Gefahrenzonen für RadfahrerInnen zu entschärfen und sicher zu gestalten und die Attraktivität des Fahrradfahrens zu erhöhen. Der Radweg soll durch ein Konzept umgesetzt werden, in dem auch Alternativen zur Umwidmung von Flächen für den stehenden Verkehr bzw. Grünflächen geprüft werden und das auf die Bedürfnisse der BewohnerInnen und NutzerInnen der äußeren Alseile/Dornbacher Straße abgestimmt ist. Begründung/Hintergrund Die äußere Alseile/Dornbacher Straße ist ein Nadelöhr im Westen Wiens. Für viele AnrainerInnen, immer mehr davon Kinder, ist sie die Verbindung in das Stadtzentrum, zur Schule, zum Einkaufen oder in die Arbeit. Für die WienerInnen das Tor in das Erholungsgebiet Neuwaldegg und den Wienerwald. Hier verläuft auch der 43er, der als meistfrequentierte Straßenbahnlinie Wiens zu Stoßzeiten im 3-Minutentakt geführt wird. Obwohl dieser Straßenabschnitt immer stärker frequentiert wird, Radfahren boomt und es sich um eine Rad-Basisroute handelt, gibt es zwar in jede Richtung einen Fahr-, einen Park-, (größtenteils) Grünstreifen und einen Gehweg, aber keine Radverkehrsanlage.

Datum der Einbringung:

24. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-643307-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

10. September 2020

18. Februar 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der damaligen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürger*innenbeteiligung, Frau Vizebürgermeisterin Birgit Hebein
- der Bezirksvorsteherin für den 17. Wiener Gemeindebezirk, Frau Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer
- der Mobilitätsagentur
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Umweltschutzanstalt
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des Auto-, Motorrad-, und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlungen an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- die Bezirksvorsteherin des 17. Wiener Gemeindebezirkes, Frau Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima und an die Bezirksvorsteherin des 17. Wiener Gemeindebezirks Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer auszusprechen, ab Frühjahr 2021 ein Pilotprojekt in die Wege zu leiten. Dieses soll vorsehen, dass partiell eine Parkspur temporär tagsüber für den Radverkehr zur Verfügung gestellt wird, sowie, dass temporeduzierende Maßnahmen gesetzt werden.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da mit dem anstehenden Pilotprojekt ab Frühjahr 2021 eine zufriedenstellende vorläufige Lösung im Sinne aller Verkehrsteilnehmer*innen im Hinblick auf den stark eingegengten verkehrsplanerischen Handlungsspielraum angestrebt wird.

5) Unser Donaukanal – Petition für den Donaukanal als konsumfreien Treffpunkt und Freizeitort statt Gastropachtfläche!

Inhalt der Petition:

Der Donaukanal ist ein wichtiger Treffpunkt für junge WienerInnen. Außerdem ist er ein zentrales, urbanes Erholungsgebiet für sieben Wiener Bezirke. Seit Jahren wird es aber vor allem rund um die Innenstadt immer schwieriger, Zeit am Donaukanal zu verbringen, ohne teure Getränke in Bars konsumieren zu müssen. Die Gastronomie nimmt im zentralen Bereich zwischen Augartenbrücke und Urania immer mehr Platz ein und reduziert somit den öffentlichen Raum, der allen gleichermaßen zur Verfügung steht. Gleichzeitig fehlt dem Donaukanal wichtige Infrastruktur, um für die umliegenden Bezirke zum Freizeit- und Rückzugsort zu werden. Es gibt keine kostenlosen öffentlichen Toiletten, zu wenige Behälter zur Müllentsorgung und weil zu viel Platz an die Gastronomie vergeben wurde, wird es auf den Wegen und auf der Donaukanalmauer schnell zu eng. BierverkäuferInnen werden im hohen Maß kriminalisiert, das Behördenaufgebot (zB. Marktamt und „Gruppe Sofortmaßnahmen“) am Donaukanal stellt faktisch die Konsum-Security der örtlichen GastronomInnen dar. Damit wird die konsumfreie Nutzung des Donaukanals mehr und mehr behindert. Das beruht auf politischen Entscheidungen. Die Pächter der Flächen am Kanal sind gewinnorientierte Unternehmen, die möglichst viel zahlende Kundschaft wollen – auch mit Unterstützung der Stadt Wien, die mit harschen Kontrollen den Donaukanal zu einem unfreundlicheren Ort macht. Als junge BewohnerInnen dieser Stadt dürfen wir uns den Donaukanal nicht nehmen oder vermiesen lassen, weder von privaten Wirtschaftstreibenden noch von Behördenschikanen oder mangelnder Infrastruktur! Daher fordert diese Petition folgende Maßnahmen: ☐ Gemeinderatsbeschluss gegen weitere Kommerzialisierung des Donaukanals: keine Verpachtung weiterer Flächen an Gastro-Betriebe ☐ Reduktion der Flächen, die am Donaukanal verpachtet werden, und damit mittelfristig Rückbau der Großgastronomie ☐ Ausbau konsumfreier Grünflächen und Sitzmöglichkeiten ☐ Errichtung kostenloser, öffentlicher Toiletten auf der gesamten Länge des Donaukanals durch die Stadt Wien ☐ Sofortiger Stopp von rassistischen und unverhältnismäßigen Behördenkontrollen am Donaukanal und in ganz Wien

Datum der Einbringung:

19. August 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-725889-2020 GGK

Ausschusssitzung:

18. Februar 2021

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. Februar 2021 zur gegenständlichen Petition beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da diese im Zuge einer Wahlkampagne von einer wahlwerbenden Partei nahestehenden Person eingebracht worden ist und der Petitionsausschuss nicht als Instrument der parteipolitischen Mobilisierung anzusehen ist.

6) Erhalt Baumbestand Bildungsgrätzel Josefstadt

Inhalt der Petition:

Der 8. Bezirk ist der am schlechtesten mit Grünraum versorgte Bezirk Wiens. Dennoch sollen für die geplante Erweiterung der VS/NMS Pfeilgasse 13 Bäume gefällt werden, darunter Bäume mit bis zu 15m Kronendurchmesser und 188 cm Stammumfang. Die Erweiterung steht außer Streit, die Umsetzung soll jedoch nicht zu Lasten der Bäume gehen, die für unsere Kinder und den nachfolgenden Generationen wertvoll und wichtig sind.

Im Zuge der Bedarfserhebung wurde die Erweiterung auf der bestehenden Sporthalle als teurer im Vergleich zum derzeit vorgesehenen Aufbau auf dem Traforaum erachtet und daher verworfen.

Einerseits werden in (nahezu) sämtlichen politischen Programmen die Pflanzung neuer Bäume gefordert, gleichzeitig wird alter Baumbestand gefällt, da er in wirtschaftlichen Vergleichsrechnungen nicht adäquat miteinbezogen wird.

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie folgende Forderungen:

- alle 13 Bäume sollen erhalten und die bereits vorgenommene Flächenumwidmung rückgängig gemacht werden
- die Bäume sollen eingepreist und entsprechend im Kostenvergleich berücksichtigt werden
- Die Planung für die Erweiterung der NMS soll ausgeschrieben werden um sicherzustellen, dass durch eine größere ExpertInnengruppe eine Lösung für den Erhalt aller Bäume gefunden wird

Datum der Einbringung:

23. August 2020

Form der Einbringung:

Papierform

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-738203-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

18. Februar 2021

27. April 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des Bezirksvorstehers für den 8. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Mag. Martin Fabisch
- der Bildungsdirektion Wien

- der Wiener Umweltanwaltschaft

Empfehlungen an:

- den Bezirksvorsteher des 8. Wiener Gemeindebezirkes, Herrn Mag. Martin Fabisch
- den amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 27. April 2021 beschlossen,

- die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 8. Wiener Gemeindebezirk Mag. Martin Fabisch und an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr, MA auszusprechen, die gesunden Altbäume bestmöglich zu bewahren und eine mögliche Verlegung in den Innenhof zu prüfen sowie die Ersatzpflanzungen und Baumversetzungen bei der Neugestaltung des Vorplatzes vorzunehmen, sowie
- die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 8. Wiener Gemeindebezirk Mag. Martin Fabisch und an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr, MA auszusprechen, die in ihren Stellungnahmen erwähnten Gutachten bzw. Studien zu veröffentlichen.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da mit dem durchgeführten Beteiligungsverfahren, welches sich über zwei Jahre erstreckte, eine Vielzahl der vorgebrachten Argumente im Planungsverfahren miteinbezogen wurden. Mit dem Fördertopf Klimamusterstadt werden darüber hinaus den Bezirken 20 Millionen € pro Jahr an Fördermittel zur Verfügung gestellt, um Bezirksprojekte wie diese, die positiv sind, umsetzen und somit den Bezirk klimafitter und attraktiver zu gestalten.

7) Initiative Erhaltung der Eisteichgründe - Stadtwald

Inhalt der Petition:

Die sog. Eisteichgründe mit seinen Grünflächen und dem Stadtwald sollen erhalten werden. Zur dauerhaften Absicherung vor Verbauung soll das Areal (Stadtwald und Grünflächen) unter Schutz gestellt werden. Für das von der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) geplante AHS-Projekt an den Eisteichen, 1120 Wien, sollen Alternativstandorte gesucht werden.

Begründung:

- Dieses Areal leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz - u.a. aufgrund von Sauerstoffleistung, CO₂-Bindung, Temperaturdämpfung
- Schutz von Fauna und Flora sowie des wertvollen Baumbestandes
- Verkehrszunahme in der Schutzzone am Khlesplatz, dadurch massiver Verlust der Lebensqualität für die Bewohner
- Die Grundstücke mit dem geplanten AHS-Neubau sind zur Zeit mit einer Bausperre belegt.

Zudem erhebt sich der Anspruch auf widmungsgemäße Sicherung des unverbauten Grünraums, als Schutz vor sommerlicher Überhitzung

Datum der Einbringung:

4. September 2020

Form der Einbringung:

Papierform

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-782835-2020

Ausschusssitzungen:

18. Februar 2021

27. April 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der Bildungsdirektion Wien
- der BIG – Bundesimmobiliengesellschaft
- des Bezirksvorstehers für den 12. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Ing. Wilfried Zankl

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 27. April 2021 beschlossen,

- die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, den bestehenden Stadtwald zu erhalten und mittels einer entsprechenden Ausweisung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu berücksichtigen, um widmungstechnisch dem Schutzgedanken zu entsprechen, sowie
- die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, die Aufnahme des Stadtwaldes in die Liste der Naturdenkmäler zu überprüfen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da bei einer gemeinsamen Gesprächsrunde mit den Initiatoren der Petition und der BIG Bundesimmobilien GmbH konstruktive Gespräche stattgefunden haben, welche viele Bedenken ausräumen konnten. Mit dem aktuell vorliegenden Plan der Errichtung der Schule kann nicht nur der dringende Schulraum geschaffen werden, sondern auch der Erhalt von wertvollem Grünraum gewährleistet werden.

8) Bürgerinitiative Servitenviertel

Inhalt der Petition:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, alle ihnen möglichen Veranlassungen zu treffen, um das Erscheinungsbild des Servitenviertels (i. B. Servitengasse/Grünentorgasse), das auch als Mahnmahl für den Holocaust gilt zu bewahren. Die bestehenden Verkehrsflächen sollen weder in Begegnungszonen (coole Straßen) noch in Fußgängerzonen umgewidmet werden. Weiters fordern wir die Temposchwellen so anzupassen, um das Tempolimit zu gewährleisten. Die mobile Freiheit und die Parkplätze sollen weiterhin erhalten bleiben.

Datum der Einbringung:

24. September 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-856387-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

10. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad
- des Auto-, Motorrad-, und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlungen an:

- die Bezirksvorsteherin des 9. Wiener Gemeindebezirkes, Frau Mag.^a Saya Ahmad:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 10. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk Mag.^a Saya Ahmad auszusprechen, die Ergebnisse des stattgefundenen Bürger*innenbeteiligungsprozesses als Planungsgrundlage für die Neugestaltung der Servitengasse miteinzubeziehen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da eine Veränderung, Modernisierung und Umgestaltung der Servitengasse in Übereinstimmung mit einer aktiven Klimapolitik und der gerade stattfindenden Mobilitätswende mehrheitlich gefordert wurde.

9) Platz für Wien. Die Initiative für eine klimagerechte, verkehrssichere Stadt mit hoher Lebensqualität

Inhalt der Petition:

Die Unterzeichnenden fordern den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen der Stadt Wien auf, die untenstehenden achtzehn Maßnahmen bis zum Jahr 2030 verbindlich umzusetzen und dafür ausreichend Budget und Personal sicherzustellen. Dies ist durch Beschlüsse in Gemeinderat und Bezirksvertretungen herbeizuführen und mit Mobilitätskonzepten zu begleiten, die durch Bürger*innenbeteiligung erstellt werden. Die Maßnahmen sind:

100 verkehrsberuhigte Wohngebiete mit hoher Aufenthaltsqualität bis 2030
60 Kilometer Fußgängerzonen bzw. Begegnungszonen bis 2030
1.000 km Gehsteige auf eine Durchgangsbreite von mindestens
2 Meter bringen bis 2030 15.000 Bäume im Straßenraum pflanzen bis 2030
10.000 Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum errichten bis 2030
350 autofreie Schulvorplätze einrichten bis 2030
Auf 800 km Straßen maximal Tempo 30 verordnen bis 2030
800 zusätzliche Fahrradkurse für Volksschüler*innen anbieten bis 2025
300 km sichere Radwege auf Hauptstraßen errichten bis 2030
50 km Fahrradstraßen errichten bis 2025
375 km Einbahnen für den Radverkehr öffnen bis 2025
110 km Radschnellverbindungen errichten bis 2030
72.000 Fahrradstellplätze errichten bis 2030
250 Kreuzungen zu sicheren Kreuzungen umbauen bis 2030
500 fuß- und radfreundliche Ampelschaltungen bis 2030
125 sichere Querungsmöglichkeiten über Hauptstraßen bis 2025
1.000 Haltestellen des öffentlichen Verkehrs fuß- und radfreundlich gestalten bis 2030 125
Stationen für öffentliche Leih-Fahrräder bis 2025
Für Details und Berechnungsgrundlagen zu den einzelnen Forderungen sowie
Informationen zu Platz für Wien siehe die Website der Initiative <https://platzfuer.wien/>

Datum der Einbringung:

25. September 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-868316-2020 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

10. September 2021

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Wiener Umweltanwaltschaft
- der Mobilitätsagentur
- des Kuratoriums für Verkehrssicherheit
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- des Auto-, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des Bezirksvorstehers für den 1. Wiener Gemeindebezirk, Herrn MMag. Markus Figl
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- des Bezirksvorstehers für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger
- der Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl
- der Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, MA
- des Bezirksvorstehers für den 6. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Markus Rumelhart
- des Bezirksvorstehers für den 7. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Mag. Markus Reiter
- des Bezirksvorstehers für den 8. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Mag. Martin Fabisch
- der Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Saya Ahmad
- des Bezirksvorstehers für den 10. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Marcus Franz
- des Bezirksvorstehers für den 11. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Thomas Steinhart
- des Bezirksvorstehers für den 12. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Wilfried Zankl
- der Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silke Kobald
- der Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner
- des Bezirksvorstehers für den 15. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Gerhard Zatlökal
- des Bezirksvorstehers für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Franz Prokop
- der Bezirksvorsteherin für den 17. Wiener Gemeindebezirk, Frau Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer
- der Bezirksvorsteherin für den 18. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silvia Nossek
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- des Bezirksvorstehers für den 20. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Hannes Derfler
- des Bezirksvorstehers für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai
- des Bezirksvorstehers für den 22. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Ernst Nevriy
- des Bezirksvorstehers für den 23. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Gerald Bischof

Empfehlungen an:

- den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima.
- die Bezirksvorsteher*innen für die 23 Wiener Gemeindebezirke:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 10. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima, an den zuständigen amtsführenden Stadtrats für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky und an die Bezirksvorsteher*innen der 23 Wiener Gemeindebezirke auszusprechen, die vom Gemeinderat der Stadt Wien beschlossenen Zielsetzungen wie die Smart City Strategie, das Fachkonzept Mobilität und das Fachkonzept Öffentlicher Raum, der Masterplan Verkehr, den STEP 2035 sowie das Klima-Förderprogramm „Lebenswerte Klimamusterstadt“ weiterzuverfolgen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Stadt Wien schon seit längerem mit vielen gezielten Maßnahmen den Folgen des Klimawandels entgegensteuert und auch die Förderung von aktiven und nachhaltigen Mobilitätsformen einen zentralen Stellenwert hat und in den nächsten Jahren die Anstrengungen zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen und zur Bekämpfung der Folgen der Klimakrise weiter intensiviert werden.

10) Petition L(i)ebenswerte Löwengasse

Inhalt der Petition:

Tempo 30 zählt zur zeitgemäßen Verkehrsplanung und sorgt für mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Straßen werden angenehmer und leiser, davon profitiert auch Wirtschaft und Bewohner. Die Löwengasse ist ein lokales Zentrum mit Schulen, vielen Geschäften, Kirche, Spielplatz uvm. Rund um die Löwengasse ist Tempo 30 bereits Normalität, eine Ausweitung entrümpelt also auch den öffentlichen Raum von Tempo-Verkehrszeichen.

Daher fordere ich hiermit die Stadt Wien und die Bezirksvorstehung Landstraße auf, Tempo 30 in der Löwengasse (Radetzkyplatz bis Rasumofskygasse) bis Ende 2020 umzusetzen. Die Löwengasse ist wegen der Straßenbahn als städtische Hauptstraße verordnet, eine Nebenstraße für den Autoverkehr und gleichzeitig eine offizielle Hauptroute. Auch mit öffentlichem Verkehr ist Tempo 30 möglich und sinnvoll, wie schon viele Straßen in Wien zeigen. Bei der Umsetzung sollen ggf. auch begleitende Maßnahmen getroffen werden, damit alle Verkehrsformen gut vorankommen.

Datum der Einbringung:

9. Oktober 2020

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65-923562-2020 GgK

Ausschusssitzungen:

18. Februar 2021

27. April 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- die Wiener Linien GmbH & Co KG
- des Bezirksvorstehers für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger
- den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- die Landespolizeidirektion Wien
- den Auto-, Motor-, Radfahrer Bundes Österreich – ARBÖ
- den Österreichischen Automobil-, Motorrad-, Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 27. April 2021 unter Post Nr. 3 zur gegenständlichen Petition im Sinne des § 2 Abs. 3 Z 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBL. Nr. 2/2013 idgF., beschlossen, folgende Empfehlungen an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen,

- eine Tempo 30 Zone in der Löwengasse unter Berücksichtigung allfälliger Ausnahmen für den öffentlichen Verkehr prüfen zu lassen sowie
- im Zuge des verkehrsbehördlichen Ermittlungsverfahrens der MA 46 zu Auswirkungen der Temporeduktion auf die Linie 1 auch die bisherigen Durchschnittsgeschwindigkeiten der Linie 1 auf unterschiedlichen Streckenabschnitten in der Löwengasse und zu unterschiedlichen Tageszeiten zu veröffentlichen.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da in der Bezirksvertretung Landstraße bereits ein Antrag auf Erweiterung der Tempo 30 Zone eingebracht wurde. Darin wird angestrebt, dass von der Magistratsabteilung 46 ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren durchgeführt werden soll, um die Auswirkungen auf die Betriebsführung der Linie 1 in der Löwengasse durch eine 30 km/h Tempobeschränkung festzustellen.

11) Nein zum Radweg Krottenbachstraße/Obkirchergasse

Inhalt der Petition:

Der geplante Radweg in der Krottenbachstraße und Obkirchergasse würde zu einem Verlust von 275 Parkplätzen führen. Die Petitionsunterstützer sprechen sich gegen die Errichtung dieses Radweges aus.

Datum der Einbringung:

19. Februar 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 142989-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- der Landespolizeidirektion Wien
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, auf die Anliegen der verschiedenen Interessensgruppen einzugehen und ein konsensfähiges Projekt zu gestalten.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da aktuell Varianten für Radfahrpläne sowie Verbesserungen der Bedingungen für Radfahrer*innen in diesem Stadtteil, unter Bedachtnahme der verkehrspolitischen Ziele der Stadt Wien geprüft werden.

12) Neubau Westausfahrt: Nein zur Verkehrslawine neben Wohnbaugebiet – Ja zu einem Naherholungsgebiet Wiental

Inhalt der Petition:

Wir fordern die zuständigen Politikerinnen und Politiker in der Wiener Landesregierung auf, die Pläne zur Verlagerung der Westausfahrt auf fünf Fahrspuren unmittelbar neben der Bevölkerung im Wohngebiet Hacking zu revidieren, eine Detailprüfung einer für die Wohnbevölkerung im Wiental lebenswerten Variante durchzuführen und eine Neugestaltung mit dem Ziel der Schaffung eines Vorzeigeproyektes „Naherholungsgebiet Wiental“ umzusetzen. Wir fordern:

1. Die Offenlegung der Zielsetzungen für die Planungen der Westausfahrt und deren Ergänzung um die Zielvorgabe der Bestimmungen nach dem Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz – Luft, IG-L).
2. Die Offenlegung der Detailkalkulationen der ausgearbeiteten Planungsvarianten.
3. Die regelmäßige Überschreitung der im IG-L vorgeschriebenen Grenzwerte vor der Projektumsetzung auszuschließen.
4. Die Erhebung der Schadstoffbelastungen im Bereich der bestehenden Westeinfahrt vor der Bräuhäuserbrücke über einen angemessenen Zeitraum seitens des Umweltbundesamtes.
5. Keine Zusammenlegung der zwei bestehenden Westeinfahrts-Fahrspuren, der zwei vorgesehenen Westausfahrts-Fahrspuren und der geplanten Abbiegespur in Richtung 14. Bezirk über die Bräuhäuserbrücke und keine Rodung von grünem Naturraum an der rechten Wienflussböschung.
6. Die Umsetzung einer klimafreundlichen und zukunftsfähigen Variante mit dem Ziel der Schaffung eines grünen Freizeitareals „Naherholungsgebiet Wiental“, die den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner des Wientals, insbesondere der Wohnbevölkerung in der Katastralgemeinde Hacking entspricht.

Datum der Einbringung:

19. Februar 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 216175-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates Herrn KR Peter Hanke
- die Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silke Kobald
- die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner
- die Wiener Umweltschutzkommission
- des Auto-, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Autobahn-, und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft – ASFINAG
- Universität für Bodenkultur Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, die absolut notwendigen Baumaßnahmen unter Bedachtnahme der Rechte der Anrainer*innen, Lärm, Emissionen, Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sicherzustellen.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da für das Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen ist, in dem Expert*innen zu allen relevanten Themenbereichen Sachverständigengutachten und Bewertungen zu den Umweltauswirkungen erstellen.

13) Nein zu diesen Radwegplänen in der Krottenbachstraße !

Inhalt der Petition:

Wir fordern die vorliegenden Pläne zur Errichtung eines Zweirichtungsradweges in der Krottenbachstraße sowie die geplanten Öffnungen der Einbahnen in der Cottagegasse und Obkirchergasse keiner Realisierung zukommen zu lassen.

Datum der Einbringung:

19. Februar 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 217086-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringerin hat Anliegen schriftlich erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- der Landespolizeidirektion Wien
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, auf die Anliegen der verschiedenen Interessensgruppen einzugehen und ein konsensfähiges Projekt zu gestalten.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da aktuell Varianten für Radfahrpläne sowie Verbesserungen der Bedingungen für Radfahrer*innen in diesem Stadtteil, unter Bedachtnahme der verkehrspolitischen Ziele der Stadt Wien geprüft werden.

14) Radweg Krottenbachstraße jetzt

Inhalt der Petition:

Mehr als ein Drittel der Döblinger Bevölkerung (rund 28.000 Menschen) erhält mit einem hochwertigen, baulich getrennten Radweg in der Krottenbachstraße erstmals eine sichere Radverkehrsverbindung innerhalb des Bezirks und in das Stadtzentrum. Das ermöglicht Menschen aller Altersgruppen, aufs Rad umzusteigen und diesen zentralen Verkehrsweg mit der geringsten Steigung für ihre täglichen Wege wie Schule, Arbeit, Einkaufen und Freizeit zu nutzen. Anrainer*innen und zu Fuß Gehende sollen ebenfalls von einer Umgestaltung der Krottenbachstraße profitieren: Mehr Lebensqualität durch weniger Lärm und Abgase, mehr Sicherheit durch zusätzliche Übergänge und Gehsteigvorziehungen, mehr Komfort durch breitere Haltestellen und beschleunigte Busse der Linie 35A. Die Petition wird von „Radeln in Döbling“ und von der Fußgängerinitiative „geht- doch.wien“ unterstützt. Ich schließe mich dem Grundsatzbeschluss der Bezirksvertretung vom Februar 2018 an, der die Krottenbachstraße allen Verkehrsteilnehmer*innen für ein sicheres Vorankommen zur Verfügung stellt. Damit fordere ich die zuständigen Landes- und Bezirkspolitiker*innen auf, die Detailplanungen 2021 vorzunehmen und den sicheren Radweg bis zum Jahr 2023 umzusetzen.

Datum der Einbringung:

16. März 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 319215-2021 GKG

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- der Landespolizeidirektion Wien
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, auf die Anliegen der verschiedenen Interessensgruppen einzugehen und ein konsensfähiges Projekt zu gestalten.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da aktuell Varianten für Radfahrpläne sowie Verbesserungen der Bedingungen für Radfahrer*innen in diesem Stadtteil, unter Bedachtnahme der verkehrspolitischen Ziele der Stadt Wien geprüft werden.

15) Coole Hasnerstraße 2021

Inhalt der Petition:

Sitzbänke, eine Nebeldusche und Pflanzentröge haben für eine angenehme und einladende Umgebung gesorgt. Diese temporäre "Wohlfühloase" wurde von den AnwohnerInnen - vor allem den Kindern - intensiv genutzt. Das Grätzl ist in den Sommermonaten durch den hohen Versiegelungsgrad geprägt von Hitze, außerdem handelt es sich um eine Gegend mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Darüber hinaus ist auch im 2. Corona-Sommer eine Möglichkeit zur Abkühlung im Grätzl sicherlich keine schlechte Idee. Das kulturelle Programm, welches die letzten Jahre über von den anwohnenden Personen organisiert, und von den dortigen BetreuerInnen unterstützt wurde, hat die große Akzeptanz dieser Coolen Straße in der Nachbarschaft verdeutlicht. Aus diesen Gründen wünschen wir uns unsere Coole Hasnerstraße zurück - denn bis jetzt gibt es noch keine Ankündigungen oder Informationen, ob sie wieder kommen soll.

Datum der Einbringung:

17. März 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 328788-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

27. April 2021

2. Juli 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der Landespolizeidirektion Wien
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur
- des Bezirksvorstehers für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Franz Prokop

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher des 16. Wiener Gemeindebezirkes, Herrn Franz Prokop:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2021 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 16. Wiener Gemeindebezirk Franz Prokop auszusprechen, die Initiative nach Maßgabe der vorhandenen Ressourcen und der finanziellen Mittel der Stadt Wien, zu unterstützen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da das Konzept der Stadt Wien ein „Cooles Wien 2021“ Maßnahmen für Plätze und Straßenabschnitte vorsieht, die sich im Sommer besonders aufheizen. Mit dem Förderprogramm „Lebenswerte Klimamusterstadt“ erhalten die Bezirke auch die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung für Baumpflanzungen im Straßenraum, Begrünungen und Entsiegelungen.

16) JA ZUR SPORTHALLE DÖBLING

Inhalt der Petition:

Am Grundstück des ehemaligen Mistplatzes in der Leidesdorfgasse soll ein 20m (!) hoher Gemeindebau errichtet werden. Wir, die Initiative „Ja zur Sporthalle Döbling“, ersuchen die zuständigen Stellen der Stadt Wien, von den Plänen Abstand zu nehmen und den vielen Hobbysportlern, den Schülerinnen und Schülern, den Sportvereinen sowie allen Bewegungs- und Sportbegeisterten in Döbling und Umgebung das Angebot einer Multisporthalle zu ermöglichen. Der Standort in der Leidesdorfgasse ist aufgrund der Eigentumsverhältnisse (Stadt Wien) und der idealen Lage (S45 Krottenbachstraße, Buslinie 35A, Radroute Leidesdorfgasse) sowie zwei, in unmittelbarer Nachbarschaft gelegener, Schulen besonders attraktiv. Die beliebte Einkaufsstraße - Obkirchergasse - würde ebenfalls von einer Sporthalle profitieren. Die moderne Sporthalle bietet ideale Voraussetzungen für Hallenfußball, Basketball, Volleyball, Klettern, Judo, aber auch Fitnessmöglichkeiten wie Seniorenturnen etc. Bewegung und Sport ist nicht nur für Profis sondern besonders für die breite Masse der Bevölkerung eine Grundsäule ihrer körperlichen Fitness sowie die beste Gesundheitsvorsorge. Wir hoffen die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener liegt Ihnen genauso am Herzen wie uns. Bitte unterzeichnen Sie diese Petition!

Datum der Einbringung:

23. März 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 351041-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

17. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker auszusprechen, im Sinne des Wiener Sportstättenplans bei Sportstätten-Neubauten auch finanzielle Mittelaufwendungen zu prüfen, um weitere Angebote an Multisporthallen für Hobbysportler*innen in Döbling zu ermöglichen

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da an der besagten Adresse leistbarer hochwertiger Wohnraum mit 80 Gemeindewohnungen NEU geschaffen wird, wo auch dem Lärmschutz Rechnung getragen wird. Im Rahmen eines weiteren Wohnprojektes in Döbling wird in der Muthgasse 50 eine Mehrzweckturnhalle errichtet, um den Wunsch nach modernen Sporthallen in Döbling zu ermöglichen.

17) Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Platzes in Dr.-Hugo-Portisch-Platz und Mahnmal gegen Antisemitismus

Inhalt der Petition:

Am 1.4.2021 ist der große österreichische Journalist Hugo Portisch verstorben. Hugo Portisch war nicht nur ein Wegbereiter des freien Rundfunks, sondern für Generationen identitätsstiftend. Er hat das Land sowie sein Geschichtsbewusstsein geprägt - in einer Zeit, als viele Menschen in Österreich nicht bereit waren, sich der eigenen geschichtlichen Verantwortung zu stellen. Dr. Karl Lueger (1844-1910) war ein bedeutender Wiener Bürgermeister, der Wien auf den Weg zu einer bedeutenden Großstadt verhalf. Er war aber auch ein populistischer Antisemit, dessen politisches Klima des Judenhasses später den Verbrechen des Nationalsozialismus den Weg geebnet hat. Das Lueger-Denkmal in der Mitte des Platzes soll erhalten bleiben, von den besprayten 'Schande'-Graffiti befreit und mit Hilfe mehrsprachiger Tafeln zu einem 'Mahnmal gegen Antisemitismus' am Dr.-Hugo-Portisch-Platz umgestaltet werden. Hugo Portisch lebte im Bezirk Landstraße, und da die Landstraßer Hauptstraße in den Dr.-Karl-Lueger-Platz mündet, wäre eine Umbenennung auch in diesem Sinne von Bedeutung für das Wirken von Hugo Portisch und seinem Leben in Wien. Die Umbenennung soll nach der Interkalarfrist für die Benennung von Straßen und Plätzen stattfinden.

Datum der Einbringung:

11. April 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 435094-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

10. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronika Kaup-Hasler
- des Bezirksvorstehers für den 1. Wiener Gemeindebezirk, Herrn MMag. Markus Figl

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 10. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler auszusprechen, den großen bereits gestarteten Dialogprozess zum weiteren Umgang mit dem Denkmal für Karl Lueger weiter fortzuführen und die interessierte Öffentlichkeit über den Verlauf des Prozesses informiert zu halten.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da von Umbenennungen für Verkehrsflächen abgesehen wird und bei Verkehrsflächenbenennungen und Denkmälern die Anbringung von Zusatz- und Informationstafeln als die gesellschaftspolitisch sinnvollere und praktikablere Möglichkeit erscheint, um sich dadurch auch zukünftig aktiv und kritisch mit der eigenen Geschichte auseinander setzen zu können.

18) Die Ramperstorffer platz

Inhalt der Petition:

Aufbauend auf einem Bürger*innenbeteiligungsverfahren (2014-2016) und einer Planungsphase (2017-2020) wurden Pläne für Margareten geschmiedet: vorgesehen war die Reinprechtsdorfer Straße, wie bisher als zweispurig Fahrbahn - in beide Richtungen - zu führen und zusätzlich verkehrszuberuhigen. Der Durchzugsverkehr, quasi die Verlängerung der Triesterstraße, wäre damit unterbunden worden. In der Bezirksvertretungssitzung am 16.3.2021 hat die SPÖ-Margareten einen Antrag eingebracht, diese Pläne zu verwerfen: drei Bezirksräte der SPÖ-Margareten, Elke Hanel-Torsch, Klaus Mayer und Christian Seidl, ignorieren die Wünsche der Bevölkerung und agieren gegensätzlich. Jeglicher sachlicher Grundlage entbehrt, die von ihnen gelieferte Argumentationskette. Die neue Idee lautet nun: die Reinprechtsdorfer Straße weiterhin als Einbahn zu führen und in eine "klimafitte" Geschäftsstraße zu verwandeln (Quelle: SPÖ Margareten (12.3.2021[sic!]): SPÖ Margareten: Mehr Lebensqualität für die Margaretneninnen und Margaretnen, Für eine klimafitte Geschäftsstraße der Zukunft: Erneuerung der Reinprechtsdorfer Straße). Wohin der "temporär" weggeleitete Verkehr von der Reinprechtsdorfer Straße hin soll, wird auf Nachfrage nicht beantwortet. Diese Art der Politik ist intransparent und unehrlich. Als "temporäre" Lösung verkauft, wird diese dauerhaft und der Verkehr somit auf Wohngebiete bzw. Nebenstraßen (30er Zonen) verlagert. Dies entspricht nicht den Maßnahmen der Stadt Wien; wonach Wohngebiete mit sehr restriktiven verkehrsorganisatorischen Maßnahmen verkehrsberuhigt werden sollen (siehe dazu: Stadt Wien (o.D.): Tempo-30-Zonen - Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung). Diesen Maßnahmen zufolge sind Straßen in unterschiedliche Kategorien eingeteilt. In der Verordnung des Gemeinderates vom 4.6.2015 ist außerdem nur ein Teil der betroffenen Ramperstorffergasse als Hauptstraße A definiert (RIS (4.6.2015): V001-115 - Feststellung der Hauptstraßen und Nebenstraßen), nämlich Ramperstorffergasse von Bacherplatz bis Schönbrunner Straße. Die Ramperstorffergasse ist keine Straße, die ein Verkehrsaufkommen von tausenden Fahrzeugen täglich stemmen kann - zudem fehlen Verkehrssignale und Schutzwege. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern eine nachhaltige Verkehrslösung, womit der gesamte Bezirk beruhigt werden soll: - den Verkehr bereits am Matzleinsdorfer Platz auf den Gürtel umleiten - dafür muss nur die Ampelschaltung angepasst werden - die links Abbiegespur auf der Wiedner Hauptstraße zur Ramperstorffergasse wieder entfernen - Schwere Fahrzeuge, wie LKWs und die großen Busse des 14A, werden die Fahrbahn auf der Ramperstorffergasse zerstören. Dies wird zu noch mehr Stau und einem Ausfall der jetzigen Ausweichroute führen - ergo: mehr Verkehr, Lärm und Abgase in Margareten - Nur die wenigsten Fahrer halten sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung (30 km/h) auf der Ramperstorffergasse, auch fehlen Schutzwege - Fehlende Schutzwege und adäquate Verkehrszeichen führen zu unsicheren Überquerungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen und gehäuft Unfällen (Ramperstorffergasse/Stolberggasse) - Die Reinprechtsdorfer Straße ist bereits eine Geschäftsstraße: im Erdgeschoss sind lauter Geschäftslokale, während auf der Ramperstorffergasse, mit wenigen Ausnahmen, Wohnungen sind Ein offener und transparenter Dialog mit den Verantwortlichen der Stadt Wien wird angestrebt: - Warum können ressourcenintensiven Pläne, wie vorliegende, von der SPÖ Margareten in einer

Bezirksvertretungssitzung einfach abgewiesen werden? - Wer hat die Einbahnlösung auf der Reinprechtsdorfer Straße gefordert und die Ramperstorffergasse als Ausweichroute ausgewählt? - Wie können den Verantwortlichen die gehäufte Anzahl von Verkehrsunfällen auf der Ramperstorffergasse gleichgültig sein? Angestrebt wird außerdem der betroffenen Bevölkerung Einsicht in die bereits vorhandenen Pläne zu gewähren und weitere Formen der Mitarbeit zu ermöglichen.

Datum der Einbringung:

11. April 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 435297-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

10. September 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

18. November 2021

Stellungnahmen:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, MA
- des Auto-, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- die Bezirksvorsteherin des 5. Wiener Gemeindebezirkes, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, MA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. November 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima und an die Bezirksvorsteherin des 5. Wiener Gemeindebezirkes, Frau Mag.^a (FH) Silvia Jankovic, MA auszusprechen Maßnahmen zu setzen, mit dem gemeinsamen Ziel der schrittweise Reduzierung des motorisierten Durchzugsverkehrs im gesamten Bezirk und der Erhöhung der Aufenthalts- und Lebensqualität durch mehr Begrünung und Kühlung. Über die Ergebnisse der Verkehrsanalyse und der tätigten Maßnahmen soll laufen informiert werden.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da nicht nur bereits kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung bzw. Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Ramperstorfferstraße eingeleitet wurden, sondern auch ein faktenorientiertes nachhaltiges Konzept, basierend auf einer Verkehrsanalyse und auf Verkehrsmodellen, erarbeitet werden soll.

19) Amtshaus am Siegesplatz der Öffentlichkeit erhalten

Inhalt der Petition:

Das 1904 erbaute Gebäude am Siegesplatz 7 zählt zum Herz des historischen Ortskerns von Aspern. Als Gemeindetreffpunkt für Jung und Alt wurde es jahrzehntelang genutzt. Heute ist eine Filiale der Büchereien Wiens und die Kindergruppe „Kleine Löwen von Aspern“ im Haus. Die Bücherei soll Ende Juni geschlossen werden, obwohl 3 Schulen und unzählige Kindergärten fußläufig erreichbar sind. Die „Kleine Löwen von Aspern“ sind seit fast 30 Jahren im Amtshaus und wollen auch weiterhin zur Vielfalt des Grätzls beitragen – die kleinen Löwen gehören zum großen Löwen von Aspern! Der Denkmalschutz des Hauses wurde nun aufgehoben. Um den Abriss des Hauses zu verhindern muss das Bieterverfahren sofort gestoppt werden! Wir fordern den Dialog mit der Asperner Bevölkerung, um gemeinsam ein innovatives Nutzungskonzept für die freien Räumlichkeiten im öffentlichen Gebäude und für den Veranstaltungssaal zu entwickeln. Das Amtshaus wäre damit ideal für kulturelle und soziale Aktivitäten! Mit der künftigen Straßenbahnlinie wird eine bessere Erreichbarkeit möglich. Breitere Gehsteige, mehr Bäume und Sitzbänke für Jung und Alt sind notwendig um das Grätzl neu zu beleben und den Klimaschutz zu gewährleisten. Und in den nächsten Jahren wird in der näheren Umgebung weiterer Wohnraum geschaffen. Ein öffentliches Zentrum im Ortskern mit Infrastruktur ist wichtig, damit sich junge und alte sowie neue Anrainer in Zukunft hier wohlfühlen.

Datum der Einbringung:

14. April 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 451993-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

17. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 22. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Ernst Nevriy

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál auszusprechen, bei den noch anstehenden Prüfungen hinsichtlich einer künftigen Nutzung und Eignung des Projektes kulturelle und soziale Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da durch die Übersiedelung der neuen Bücherei in die Seestadt ein neuer, großer und moderner Büchereistandort geschaffen wurde, der durch die günstige Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz gut erreichbar ist und darüber hinaus durchgängig barrierefrei ist. Da das Gebäude bedeutende gestalterische Merkmale aufweist, die für das Stadtbild von Bedeutung sind und es vor 1945 errichtet wurde, würde für einen allfälligen Antrag auf Abbruch keine Bewilligung erteilt werden.

20) Erhalt der Einfamilienhaus- und Gartensiedlung St. Hubertus in 1130 Wien

Inhalt der Petition:

Wir fordern von den zuständigen Politikerinnen und Politikern der Wiener Stadtregierung:

1. die Wiener Bauordnung so zu ändern, dass der Prozentsatz der maximal zu verbauenden Fläche wieder auf 25 % zurück geführt wird. Bis dahin soll eine temporäre Bausperre verordnet werden.
2. dass das Siedlungsgebiet von St. Hubertus weiterhin das Ortsbild einer Einfamilienhaus- und Gartensiedlung behält. Der Neubau von Mehrparteienwohnhäusern muss gestoppt und die vorhandene Siedlungsstruktur mit Einfamilienhäusern erhalten bleiben.
3. eine klare Regelung zu Dachausbauten und Gebäudehöhen. Insbesondere im Bereich von Hanglagen soll die zulässige Gebäudehöhe vom tiefsten Punkt der Verbauung aus berechnet werden. Auf neu errichteten Flachdächern sind durchgängig Photovoltaik-Anlagen zu installieren ("Eine-Million-Dächer-Programm"). Die Errichtung von Pools oder die sonstige Verwendung als Dachterrasse soll wegen der damit verbundenen Aufheizung verboten werden.
4. dass ab sofort wieder öffentliche Bauverhandlungen stattfinden.
5. den Begriff "gärtnerische Gestaltung" (Buchstabe G im Flächenwidmungsplan) genau zu definieren und klarzustellen, dass damit Grünpflanzungen gemeint sind. Eine großflächige Bodenversiegelung soll dezidiert ausgeschlossen werden.
6. den Erhalt und Schutz der Frischluftschneise durch St. Hubertus aufgrund des Kühlungseffekts für nach gelagerte Bezirke (Klimawandel).

Datum der Einbringung:

15. April 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 460475-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

17. September 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silke Kobald

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen, die Empfehlungen an die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál auszusprechen,

- die derzeit in Begutachtung befindliche Bauordnungsnovelle, die zukünftig dem Ausnutzen verschiedener baurechtlicher Möglichkeiten, die das gewohnte Stadtbild beeinträchtigen und im hohen Maße Grünraum versiegeln, zum Beschluss vorzulegen, um den Entwicklungen Einhalt zu gebieten,
- Maßnahmen zu prüfen, dass mögliche Toleranzen bei Überschreitungen von Vorgaben bei Bauvorhaben restriktiv gehandhabt werden können sowie
- Maßnahmen zu prüfen, dass Umgehungen von Bauvorschriften konsequent geahndet werden können.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine Novelle der Wiener Bauordnung derzeit in Begutachtung ist, die als Hauptgesichtspunkt die entsprechenden Maßnahmen im Zusammenhang mit groß dimensionierten Nachverdichtungen in Einfamilienhausgebieten setzt, um eine qualitätsvolle Stadtentwicklung zu gewährleisten.

21) Freier Naschmarkt statt offener Markthalle

Inhalt der Petition:

Derzeit gibt es eine historisch einmalige Gelegenheit, den in einer innerstädtischen Schutzzone liegenden und rund 12.000 m² großen Naschmarktparkplatz in Mariahilf neu zu gestalten. Die Bürger*inneninitiative Freier Naschmarkt spricht sich für die Errichtung eines innerstädtischen Naherholungsgebiets in diesem Bereich aus, das den bestehenden Flohmarkt und notwendige Anrainer*innenparkplätze miteinbezieht – ohne Errichtung einer Markthalle.

Wieden, Margareten und Mariahilf gehören zu den Bezirken mit dem geringsten Grünanteil und wenig öffentlichem Freiraum. Der Naschmarktparkplatz ist die letzte große Freifläche, auf der die Möglichkeit besteht, einen Park für Anrainer*innen und Besucher*innen jeden Alters zu realisieren.

Die Bürger*inneninitiative Freier Naschmarkt:

- 1) begrüßt eine Umgestaltung des Naschmarktparkplatzes in Mariahilf, sieht die Argumente der Stadtregierung für die Errichtung einer offenen Markthalle kritisch und spricht sich gegen die Errichtung einer Markthalle in der Schutzzone aus,
- 2) fordert daher ein transparentes Bürger*innenbeteiligungsverfahren mit offenem Ausgang, jedoch kein Bürger*innenbeteiligungsverfahren, bei dem eine Markthalle als fixe Vorgabe vorgestellt wird,
- 3) fordert am Naschmarktparkplatz
 - a. die Schaffung von Grünflächen mit Aufenthaltsqualität, die den wöchentlich stattfindenden Flohmarkt integrieren
 - b. natürliche Beschattungsmöglichkeiten, die der architektonisch bedeutenden Umgebung angepasst sind,
 - c. c) die Erklärung der Gesamtfläche zum konsumfreien Raum, um die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums einzudämmen,
 - d. d) darüber hinaus sollen im näheren Umfeld Anrainer*innenparkzonen sowie Markt-Kurzparkzonen eingerichtet werden,
- 4) fordert gegebenenfalls eine Verbesserung der statischen Gegebenheiten bzw. Traglasterhöhung des Naschmarktparkplatzes, mit dem Ziel vor Ort die Pflanzung von Bäumen zu ermöglichen,
- 5) fordert, dass bei allen Gestaltungsprojekten am Naschmarktparkplatz die Wiener Stadtklimaanalyse der MA 18 als Grundlage dient. Ihr Ziel bei jeder Planung ist es, Hitze zu verringern oder zu vermeiden und aktuelle Windströme für eine Durchlüftung des jeweiligen Stadtteils optimal zu nutzen. So sollen durch Hitze besonders belastete Menschen, wie Ältere, Kinder oder Kranke besser vor den Folgen des Klimawandels geschützt werden.
- 6) fordert den Zugang zu allen Daten des betroffenen Areals, die der Stadt Wien zur Verfügung stehen – inkl. statische Gutachten und Informationen zu baulichen Gegebenheiten,
- 7) soll bei der Formulierung der Ausschreibungsunterlagen zur Umgestaltung des Areals eingebunden werden und in der Fachjury mit Stimmrecht vertreten sein. Weiters wird gefordert, dass die Jursitzungen öffentlich und transparent durchgeführt werden,

- 8) spricht sich für die Umsetzung der im Kapitel "Freiräume: grün & urban" des Stadtentwicklungsplans 2025 angeführten Ziele am Naschmarktparkplatz aus,
- 9) fordert die Durchführung einer Studie, die erhebt, ob es neben dem bestehenden Angebot des Naschmarkts einer weiteren Marktpläche bzw. einer Markthalle bedarf und mit welchen Auswirkungen auf den bestehenden Naschmarkt zu rechnen ist,
- 10) fordert die Stadtregierung auf, strukturelle Maßnahmen zur Sanierung des bestehenden Naschmarkts zu setzen, die Marktstände mit einem vielfältigeren Angebot an regionalen und frischen Waren für die Nahversorgung gewährleisten. Die Standvergabe durch die Stadt Wien soll transparent erfolgen, öffentlich einsehbar sein und zu einem abwechslungsreicheren Angebot mit regionalen Frischwaren und exotischen Lebensmitteln statt Souvenirs führen,
- 11) fordert für den Flohmarkt die Liberalisierung der Zugangsmöglichkeiten für private Anbieter*innen und die Ausweitung der Marktzeit.

Datum der Einbringung:

10. Mai 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 576674-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

10. September 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der Bezirksvorsteherin für den 4. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Lea Halbwidl
- der Bezirksvorsteherin für den 5. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.(FH) Silvia Jankovic, MA
- des Bezirksvorstehers für den 6. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Markus Rumelhart
- der Kammer für Ziviltechniker*innen, Architekt*innen und Ingenieur*innen für Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Universität für Bodenkultur Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 10. September 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, die Ergebnisse des dazu offen gestalteten Beteiligungsprozesses zu analysieren und als Grundlage für die weitere Vorgehensweise beim Wettbewerb hinsichtlich der Platzgestaltung zu berücksichtigen.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine Umgestaltung, Begrünung, Kühlung, Entsiegelung und dadurch eine Verbesserung im klimatischen Sinne, ein wesentliches Anliegen ist, dessen Ziel weiterhin verfolgt wird.

22) Erdberger Steg muss bleiben

Inhalt der Petition:

Verbreiterung des Erdberger Stegs auf zumindest 6 Meter
Verringerung der Wartezeiten für Querung Erdberger Lände und Schüttelstraße
Entflechtung der Kreuzung mit dem Radweg auf der Seite des 3. Bezirkes
Alternativquerung ohne großen Umweg, z.B. Abriss erst nach Neuerrichtung
Prüfung 6 m Breite für alle Fuß+Rad Donau(Kanal)Querungen (Vorbild Steinitzsteg)
Verbindliche Pläne breiter Fuß+Radwege am Donaukanal v. S-Bahn-Stammstrecke abwärts
Offenes Planungsverfahren mit Anrainer*innen und Fuß+Radinteressentengruppen

Datum der Einbringung:

26. Mai 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 649327-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

17. September 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der Bezirksvorsteherin für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagenur
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Frau Mag.^a Ulli Sima,
- den Bezirksvorsteher des 2. Wiener Gemeindebezirkes Herrn Alexander Nikolai sowie
- den Bezirksvorsteher des 3. Wiener Gemeindebezirkes Herrn Erich Hohenberger:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen,

- die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, eine Optimierung der Aufstellflächen vor den Lichtsignalanlagen prüfen zu lassen und eine Überprüfung des Signalprogramms zur Verringerung der Wartezeiten für Fuß- beziehungsweise Radquerungen auf Seite des 2. und des 3. Wiener Gemeindebezirkes durchführen zu lassen,
- die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima und die Bezirksvorsteher für den zweiten und dritten Bezirks auszusprechen, die Bezirksvorsteher für den zweiten und dritten Bezirks und die BürgerInnen bzw. AnrainerInnen über die weiteren Umsetzungsschritte zu informieren, sowie
- die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung, Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, eine integrative Planung des Steges vorzunehmen sowie die Einrichtung einer intelligenten Apfelschaltung prüfen zu lassen.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition abzuschließen, da der Erdberger Steg deutlich verbreitert wird und die größte auf dem vorhandenen Fundament realisierbare Breite – unter Berücksichtigung einer raschen Baudurchführung – angestrebt wird.

23) Finanzielle Gleichstellung aller ganztagsgeführten Schultypen in Wien

Inhalt der Petition:

Wir, ich als Einbringerin dieser Petition sowie alle meine Unterstützer*innen, fordern die zuständigen Politiker*Innen in der Wiener Landesregierung auf, tätig zu werden und die bestehende Bestimmung dahingehend zu überdenken, dass die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Wahlfreiheit von ganztagsgeführten Schulformen dahingehend zu gewährleisten, dass Eltern nicht aufgrund von finanziellen Anreizen ein Schulmodell wählen (müssen), sondern die Freiheit haben, aufgrund ihrer Familienmodelle zu entscheiden.

Wir fordern

- 1) Kostenlose Betreuung bis 15:30 Uhr für alle Kinder, egal ob an GTVS/OVS geführten Schulen
- 2) Kostenfreies Mittagessen für alle ganztagsgeführten Schulformen
- 3) finanzielle Gleichstellung aller Familien in Wien

Datum der Einbringung:

2. Juni 2021

Form der Einbringung:

Papierformat

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 856387-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

2. Juli 2021

17. September 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bildungsdirektion Wien
- des zuständigen Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Herrn Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 17. September 2021 beschlossen,

- die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr, MA auszusprechen, weiterhin so vielen Schüler*innen wie möglich den Besuch einer kostenlosen verschränkten Ganztagschule zu ermöglichen und den Ausbau an neuen Standorten, sowie die Umstellung auf das Ganztagsmodell weiter zu verfolgen, sowie
- die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Christoph Wiederkehr, MA auszusprechen, die Information und Beratung zu Ermäßigungen und Kostenbefreiung für die Nachmittagsbetreuung an Pflichtschulen in Wien zu verstärken.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine Ungleichbehandlung bzw. Unsachlichkeit nicht vorliegt, zumal es in allen Formen der Tagesbetreuung für Wiener Schulen Ermäßigungen aufgrund der Einkommenssituation der Familien, bis hin zum kostenfreien Besuch und einem kostenfreien Mittagessen gibt.

24) Gegen die Kürzungen im Schulwesen und den Abbau der Lehrkräfte

Inhalt der Petition:

Derzeit erleben viele Schulen die böse Überraschung der neuen Zuteilung und Verteilung von Lehrerstunden und die damit einhergehenden Kürzungen im verfügbaren Budget. Seitens der Bildungsdirektion heißt es, die Verteilung wäre nun gerechter. Aber das kann einfach nicht bestätigt werden. Durch eine sehr gute Vernetzung verschiedenster Schulen und Schultypen kann festgehalten werden, dass es fast nur Verlierer bei dieser nicht nachvollziehbaren Reform gibt. Fakt ist, dass unter dem Strich kaum eine Schule wirklich mehr Budget/Lehrstunden bekommt. Die Schulen werden zu Tode gespart. So kann in unserer Schule, der GEPS 13 nicht mal der eigentliche Englischschlüssel aufrecht erhalten werden, der unsere Schule ausmacht und für viele Eltern ein essenzielles Auswahlkriterium dargestellt hat. So sollen an unserer Schule statt täglicher einer Englischstunde pro Klasse nur mehr drei Mal die Woche Englisch abgehalten werden. Der Förderunterricht kann nicht mehr wie gewohnt angeboten werden, Kinder mit Deutsch als Zweitsprache bekommen somit nicht mehr die notwendige Unterstützung. Personalstunden werden reduziert, Klassen müssen aufgelöst und aufgeteilt werden, Lehrerposten werden gestrichen. Gerade nach Corona, wo wir sowieso schon große Defizite in der Ausbildung der Kinder verzeichnen müssen, soll nun noch mehr die Möglichkeit zum effizienten Lernen genommen werden. Gerade jetzt sollten Stellen aufgebaut, Kinder beim Lernen und Aufholen des Stoffes unterstützt werden. Diese Kürzungen sind eine Katastrophe für Kinder, wie auch für Eltern, als auch für die Lehrkräfte. Aber sie sind auch eine Katastrophe für unser aller Zukunft, denn die Kinder werden mal unsere Pensionen bezahlen. Mit wenig Ausbildung, was gerade gefördert wird, werden die Zahlen der Steuergelder massiv abnehmen, weil die heutigen Kinder ihr Einkommen dann mal in der Steuerklasse 20% oder 30% haben werden und nicht mehr in der Klasse 50%. Schon jetzt haben wir einen Mangel an Fachkräften. Glauben Sie wirklich mit diesen Maßnahmen dem entgegenzuwirken? Hier bedarf es einer komplett neuen Herangehensweise. So sollten nur tatsächliche Lehrer als solche definiert und gerechnet werden. Schulpsychologen, Streetworker, Direktionsmitarbeiter, Sekretärinnen haben in dieser Berechnung rein gar nichts verloren. Somit lässt sich die Zahl der „Lehrkräfte“ um etwa 1/3 reduzieren, denn diese Personen unterrichten NICHT! Auch sollte ihr Gehalt nicht aus dem Lehrerpot bezahlt werden, sondern von der jeweilig zuständigen Stelle (MA11, Universitäten, Hochschulen,...) Privatschulen müssen den finanziellen Streichungen aus eigener Tasche entgegenhalten und selber für ihre Lehrer bezahlen, wenn sie sie behalten wollen. Wie wollen Sie so Bildung fördern? Die Kinder gehören gefördert und nicht gefordert. Daher habe ich eine Petition gegen diese nicht tragbaren Maßnahmen gestartet und binnen 5 Tage doch einige Zustimmung in Form von Unterschriften erhalten. Wir fordern ein Umdenken und eine Verbesserung dieser nicht tragbaren Pläne! Für unsere Kinder, für unser aller Zukunft!

Datum der Einbringung:

27. Juni 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 776600-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

10. September 2021

18. November 2021 (Einbringerin hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- der Bildungsdirektion Wien
- des zuständigen Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Herrn Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
- der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. November 2021 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA auszusprechen, weiterhin in Bildung und in Schulen zu investieren, um allen Wiener Schüler*innen eine gute Bildung zu ermöglichen, und dadurch die besten Bildungschancen zu erreichen.

Abschließende Beantwortung an die Einbringerin (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das Ziel der Reform des Systems der Zuteilung der Lehrer*innen-Planstellen eine faire Zuteilung an alle Schulen und somit der Schüler*innen in Wien ist und durch die gesetzten Maßnahmen ein faireres, transparenteres und bedarfsgerechteres Ressourcenzuweisungsinstrument geschaffen wurde.

25) Kurzparkzonen in den Außenbezirken auch in Zukunft nur bis 19.00 Uhr

Inhalt der Petition:

Mit der geplanten Ausweitung der Kurzparkzonen in Wien soll die Gültigkeit unter dem Titel der 'Vereinheitlichung' generell bis 22.00 Uhr ausgedehnt werden. Dies führt zu einer nicht gerechtfertigten Belastung der Bewohner der Außenbezirke - Gründe dafür: 1) Es ist keine wirkliche Vereinheitlichung (es bleiben zumindest 4 verschiedene KPZ-Modelle in Wien gültig). 2) In den meisten Außenbezirken ist die Notwendigkeit einer KPZ (Kriterien nach StVO) nach 19.00 Uhr nicht gegeben. 3) Wo dies dennoch der Fall ist (z.B. nahe von U-Bahn Endstellen), können durch die flächendeckende Ausweitung bis 19.00 Uhr mit Hilfe von Anwohnerzonen lokale Lösungen gefunden werden. 4) Bei nötigen Verbindungen zwischen den Außenbezirken (z.B. Besuche) ist der Zwang zum Umsteigen auf den ÖV in den Abendstunden nicht zumutbar (keine ausreichenden Querverbindungen, keine ausreichende Dichte, mehrmaliges Umsteigen unvermeidlich, sehr hoher Zeitaufwand). 5) Die finanzielle Belastung für die Bewohner kann deutlich geringer ausfallen. Es wirkt so, als stehe beim vorgeschlagenen Modell nicht das verkehrspolitische Ziel, sondern eine deutlich Einnahmenerhöhung im Vordergrund.

Datum der Einbringung:

20. Juli 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 876478-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

10. September 2021

18. November 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Auto, Motor-, Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad-, und Touring Club – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- des Bezirksvorstehers für den 10. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Marcus Franz
- des Bezirksvorstehers für den 11. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Thomas Steinhart
- der Bezirksvosteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk, Frau Mag.^a Silke Kobald
- der Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner

- der Bezirksvorsteherin für den 17. Wiener Gemeindebezirk, Frau Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer
- des Bezirksvorstehers für den 19. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Daniel Resch, BA
- des Bezirksvorstehers für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai
- des Bezirksvorstehers für den 22. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Ernst Nevriy
- des Bezirksvorstehers für den 23. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Gerald Bischof

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. November 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständigen amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.a Ulli Sima auszusprechen, die verkehrspolitischen Ziele mit dem Fokus auf die Erweiterung der Vereinheitlichung der Wiener Parkraumbewirtschaftung umzusetzen um die Bewohner*innen der Außenbezirke dadurch zu entlasten.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das Kurzparkzonenmodell die Kurzparkzonen in Bezug auf die Geltungsdauer und maximale Abstelldauer harmonisiert und damit auch dem bereits beobachteten Verdrängungseffekt entgegengewirkt.

26) Erhalt der Gärtnerei Ganger!

Inhalt der Petition:

Sehr geehrte Verantwortliche der Stadtregierung, Stadtentwicklung und des Wiener Wohnfonds! Wir sind langjährige Kunden, Nachbarn, Freunde, Verwandte und Unterstützer der Gärtnerei Ganger und der Familie Ganger. Uns ist die Natur und der Erhalt des fruchtbaren Bodens in unserem Bezirk und vor allem in Aspern ein großes Anliegen, vor allem in der heutigen Zeit, wo uns die Auswirkungen unseres Handelns auf Natur und Klima derart deutlich bewusst sind. Die Familie Ganger leistet dazu einen enormen Beitrag, vor allem auf den beiden Pachtgründen zu jeder Seite ihrer Eigenfläche, da dort der zertifizierte Bio-Gemüsebau betrieben wird. Hier wird bereits seit 1898 Gartenbau betrieben und der Boden wurde stets fruchtbar und nährstoffreich gehalten. Als Nahversorger mit Gemüse und Pflanzen in höchster Qualität, die direkt neben ihrem Ab Hof Laden wachsen, leisten Franz und Marianne, ihre Tochter Marianne und ihr Schwiegersohn Daniel Ganger einen unanschätzbaren Beitrag für unsere Gesundheit, Ernährung und Lebensqualität. Und das bereits in der 4. und 5. Generation, also 100 Jahre gärtnerische Arbeit im Einklang mit der Natur. Um diesen hohen Standard und die wertvolle Dienstleistung am Bürger aufrecht zu erhalten sind die beiden Pachtflächen zwingend notwendig. Daher fordern wir mit unserer Unterschrift, dass die landwirtschaftlichen Flächen und die dafür notwendige Widmung erhalten bleibt. Weiters fordern wir, dass der Familie Ganger die beiden Areale uneingeschränkt und unbefristet zur landwirtschaftlichen Nutzung zugesichert werden.

Datum der Einbringung:

27. August 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 1031228-2021 GGK

Ausschusssitzungen:

10. September 2021

18. November 2021 (Einbringer hat Anliegen erläutert)

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Frau Kathrin Gaál
- des Bezirksvorstehers für den 22. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Ernst Nevriy
- der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Landwirtschaftskammer Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 18. November 2021 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, im kommenden Planungsprozess zum beabsichtigten Stadtteilentwicklungskonzept neben der Bevölkerung auch die ansässigen Betriebe – wie auch die Gärtnerei Ganger - in den Prozess einzubinden und Gelegenheit zu bieten, ihre Positionen und konkreten Anforderungen für die weitere Planung mitzugeben.

Abschließende Beantwortung an den Einbringer (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Stadt Wien, trotz wachsender Bevölkerungszahl und dem damit verbundenen Wohnraum- und Infrastrukturbedarf, sich als Ziel gesetzt hat, den Anteil an Grünflächen sowie Flächen für betriebliche Nutzungen und deren Entwicklung auch in Zukunft zu sichern.

B. Unzulässige Petitionen

Bei folgenden im Jahr 2021 abgeschlossenen Petitionen war keine Angelegenheit der Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke bzw. keine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes Wien im Sinne der Art. I § 1 Abs. 1 Z. 2 bzw. Art. II des Gesetzes über Petitionen in Wien betroffen, weshalb der Petitionsausschuss die Unzulässigkeit dieser Petitionen beschloss.

1) Blutspenden auch für Homosexuelle

Inhalt der Petition:

Blutspenden muss für alle in unserem Land möglich sein und das zu den gleichen Bedingungen. Wir könnten so viel mehr Leben retten! Unterzeichnet diese Petition, wenn ihr auch der Meinung seid, dass jeder gesunde Mensch in Österreich das Recht haben sollte Blut zu spenden und zwar unter den gleichen Bedingungen. Derzeit müssen homosexuelle Männer 1 Jahr lang auf Geschlechtsverkehr verzichten um anschließend Blut zu spenden. Das ist lächerlich und hat in Österreich so nichts mehr verloren. Jeder gesunde Mensch, egal welche sexuelle Orientierung, sollte in der Lage sein Blut zu spenden!

Datum der Einbringung:

3. August 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 672996-2020 GGK

Ausschusssitzung:

18. Februar 2021

2) Petition „Journalistischer Eid“

Inhalt der Petition:

S.g. Damen und Herren, aufgrund einseitiger Information werde ich ab nun gesammelte Infosationen Ihres Senders entsprechen weiterleiten, es wird an die Stelle gehen die Sie kennen. Jeder von Ihnen (Journalisten hat eigentlich einen Eid geschworen). Hier im Anhang nochmals zur Einsicht was Sie vergessen haben, zusätzlich wird eine Petition gestartet ORF nicht mehr zu sehen, sprich Ihre Einschaltquoten sinken sicher, weiß nicht wie viel aber es passiert ! Inhalt des Pressekodex Der Pressekodex umfasst insgesamt 16 Punkte:[4] 1. Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien. 2. Sorgfalt Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden. 3. Richtigstellung Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen. 4. Grenzen der Recherche Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden. 5. Berufsgeheimnis Die Presse wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis. Die vereinbarte Vertraulichkeit ist grundsätzlich zu wahren. 6. Trennung von Tätigkeiten Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeiten aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnten. 7. Trennung von Werbung und Redaktion Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken. Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlages betreffen, muss dieses erkennbar sein. 8. Persönlichkeitsrechte Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein. Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz. 9. Schutz der Ehre Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen. 10. Religion und Weltanschauung Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche

Überzeugungen zu schmähen. 11. Sensationsberichterstattung und Jugendschutz Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz. 12. Diskriminierungen Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnisch

Datum der Einbringung:

22. Oktober 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 972362-2020 GGK

Ausschusssitzung:

18. Februar 2021

3) Ersatzstimme und „Abschaffung“ der verlorenen Stimme

Inhalt der Petition:

Kleinparteien wird es wird es quasi unmöglich gemacht politisch Fuß zu fassen. Sie werden nicht in TV-Debatten eingeladen und haben wenig Geld ihre Ideen (meist durch Werbung) zu präsentieren. Jedoch sind es oft genau diese Parteien die gebraucht würden. Sie haben meist keine Lobbys hinter sich denen sie zu etwas verpflichtet sind, und könnten sich sicherlich oft besser um Politik für die Menschen kümmern. Es gäbe vermutlich viele Menschen die sich so eine Veränderung wünschen würden. Aufgrund des Wahlsystems begnügen sich viele WählerInnen leider mit der Wahl des "kleineren Übels". Jedoch sollte doch der Wille und die Meinung des Volkes bestmöglich in deren Volksvertretung abgebildet sein! Ein Weg diesem Ziel näherzukommen könnte die Ersatzstimme sein. Diese würde dazu dienen, die Wahl der gewünschten Partei zu erleichtern. Man könnte Sie mit der Erststimme wählen. Schafft sie dann nicht den Sprung über eine Prozenzhürde, würde es dann eine Zweitstimme geben, welcher man einer Partei mit größeren Erfolgsaussichten, bzw. dem "kleineren Übel" geben könnte. Im Falle des Misserfolges der gewünschten Partei wäre man dann trotzdem auch mit einer Partei im Gemeinderat repräsentiert, und würde nicht ignoriert werden! Zur Steigerung der demokratischen Repräsentation fordert diese Petition hiermit die Einführung einer Ersatzstimme in Wien!

Datum der Einbringung:

23. Oktober 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 979725 -2020 GGK

Ausschusssitzung:

18. Februar 2021

4) Einführung der Motorbezogenen Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge

Inhalt der Petition:

Wir fordern den Staat dazu auf, auch für Elektroautos die selbe Motorbezogene Steuer bezahlen zu müssen, wie für Benzin und Elektrofahrzeuge. Hier können ggf. Staffelungen erstellt werden.

Datum der Einbringung:

16. November 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 1060086-2020 GGK

Ausschusssitzung:

18. Februar 2021

5) Geschlossene Fahrerkabine für alle Busse im Wiener Ortslinienverkehr

Inhalt der Petition:

Die momentane Situation zum Schutz des Lenkpersonals in der Corona-Krise (Sicherheitszone durch Absperrband) kann keine Dauerlösung darstellen. Da weitere Pandemien nicht auszuschließen sind, führt in Zukunft kein Weg vorbei an geschlossenen Fahrerkabinen (in vielen Ländern bereits Standard). Diese schützen unter anderem auch vor tätlichen Angriffen, Feinstaubbelastung und Infektionen jeglicher Art. Die Unterzeichnenden fordern daher eine geschlossene Fahrerkabine in jedem Linienbus im Wiener Ortslinienverkehr (Wiener Linien sowie alle Privatfirmen, die in deren Auftrag fahren); bei Neuanschaffungen als Standard und bei vorhandenen als Nachrüstung. Der Gemeinderat wird dringend ersucht, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um diese Forderung durchsetzen zu können.

Datum der Einbringung:

31. Jänner 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-119635-2021 GGK

Ausschusssitzung:

27. April 2021

6) Rückerstattung des Wiener Linien Tickets für Studierende

Inhalt der Petition:

Sehr geehrte Menschen, diese Petition wurde für alle Studierende erstellt. Studierende haben es vor allem jetzt nicht einfach - sowohl finanziell als auch sozial. Wieso müssen wir - Studierende - für das SoSe 2021 ein Semesterticket der Wiener Linien kaufen, anstatt dass das WiSe Ticket verlängert wird? Die "Geschäftsgrundlage" für den Kauf eines Semestertickets ist per Definition die Hin- und Rückfahrt zur und von der jeweiligen Universität bzw. Fachhochschule. Diese "Geschäftsgrundlage" fällt jedoch aufgrund der derzeitigen Situation weg, da weder Universitäten noch Bibliotheken, Lehrräume und Ähnliches offen haben und/oder in naher Zukunft öffnen werden. Das sind immerhin 75€ pro Student!!! Laut Medienberichten, wurden in Oberösterreich Studententickets des WiSe ins SoSe verlängert. Wieso ist das nicht in Wien der Fall? Wir haben dieselbe Situation! Wir bitten freundlich um ein aktives Handeln seitens des Ausschusses und seitens der Wiener Linien. Auf der offiziellen Website bedarf es einem Minimum an 500 Unterzeichnungen. Diese werden bestimmt erreicht werden. Mit freundlichen Grüßen Alle Studierende aus Wien!

Datum der Einbringung:

23. Februar 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 65 – 142876-2021 GGK

Ausschusssitzung:

27. April 2021

7) Verlängerung der U6 bis Stammersdorf (besser bis zum G3) und Errichtung einer Park and Ride Anlage ebendort

Inhalt der Petition:

Die Verlängerung der U6 wird mit einer gemeinsamen Errichtung einer Park and Ride Anlage ein zügigeres Vorankommen in die Innenstadt für die Pendler ermöglichen, und so die Brünner Strasse entlasten. Dies führt zu einer besseren Lebensqualität (Abgase und Lärm) für die Anwohner von Stammersdorf bis Floridsdorf. Gleichzeitig ist es auch für die Anwohner im Grezl eine Verbesserung um rascher in die Innenstadt zu gelangen, denn dies ist mit den Strassenbahnlinien 30 und 31 (knapp 20 Minuten Stammersdorf bis Floridsdorf U6) nicht gegeben. Die Verlängerung der U6 wird auch den Kern Floridsdorf entlasten, denn die umliegenden Wohnstrassen werden von den Pendlern verständlicherweise als Parkmöglichkeit genutzt.

Datum der Einbringung:

23. Februar 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 156464-2021 GGK

Ausschusssitzung:

27. April 2021

8) Herr- Wichtigkeit von Radwegen

Inhalt der Petition:

Radwege sind wichtig. Für alle. Für die Sicherheit der Menschen, für Umwelt und für ein gemütliches Miteinander.

Datum der Einbringung:

25. März 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 361928-2021 GGK

Ausschusssitzung:

27. April 2021

9) Ort der Zulassung aus Auto-Kennzeichen entfernen

Inhalt der Petition:

Jedes österreichische Kfz-Kennzeichen beginnt mit einer Abkürzung für die Zulassungsbehörde. Dieser entspricht laut Art. 4 Nr. 1 der DSGVO personenbezogenen Daten (Standortdaten), die schützenswert sind und damit nicht ohne Zustimmung weitergegeben bzw frei verfügbar sein sollten. In anderen EU-Ländern - namentlich Frankreich seit 2009 - kann man bereits das Ortskennzeichen frei wählen. Da es im Rahmen der aktuellen Maßnahmen immer wieder zu ungerechtfertigter Überwachung und Diskriminierung durch die Bevölkerung aufgrund des Kennzeichens kam, sollte die Information über den Zulassungsort aus dem Kennzeichen entfernt oder durch einen Wahlort ersetzt werden, um Diskriminierungsfreiheit (Gleichberechtigung) und DSGVO-Konformität zu erzielen.

Datum der Einbringung:

6. April 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 408679-2021 GGK

Ausschusssitzung:

2. Juli 2021

10) Reduktion des durch den Schienenverkehr erzeugten Lärms in Oberlaa

Inhalt der Petition:

Mit Oberlaa verbindet man Erholung. Doch wird der Lärm des Zugverkehrs entlang der Bahnlande zur Last und speziell Nachts zur Herausforderung einen tiefen Schlaf zu bekommen.

Diese Petition soll auf den (nächtlichen) Lärm des Güterzugverkehrs in Oberlaa aufmerksam machen. Bitte unbedingt Lärmschutzwände installieren!!

Datum der Einbringung:

11. Mai 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 585758-2021 GGK

Ausschusssitzung:

2. Juli 2021

11) Demonstrationen, welche den Verkehr maßgeblich beeinträchtigen, untersagen

Inhalt der Petition:

Es werden immer mehr und mehr Demos durchgeführt. Der damit verbundene Verkehrsstau hat negativen Einfluß auf das Verkehrs-und Berufsleben, wie auch auf die Umwelt.

Die Möglichkeit der Demos nur auf Flächen zulassen, welche das Berufs-Wirtschafts und Verkehrsgeschehen nicht beeinträchtigen. Donauinsel, Prater, Stadion usw. wären dafür geeignet. Die Verkehrsflächen sollten nur für den eigentlichen Zweck verwendet werden.

Datum der Einbringung:

18. Mai 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 612156-2021

Ausschusssitzung:

2. Juli 2021

12) Alles gurgeln 5 Tage Gültigkeit

Inhalt der Petition:

Kinder ab 6 Jahren unterliegen neuerdings der Testpflicht. Dieser Umstand ist für Familien eine große Herausforderung. Das Testen von Kindern ab 6 Jahren als Indikator für neue Varianten ist eine richtige Entscheidung. Geimpfte werden nicht mehr getestet, können jedoch Träger sein und Kinder brauchen physischen Kontakt mit anderen Kindern. Auf Grund der kurzen Testgültigkeit sind 4 Test pro Woche notwendig um sich frei bewegen zu können. Das sind ca. 3-4h pro Woche für 2 Kinder für: Testen/Testabgabe und Ergebnis abrufen (nur Gast möglich) Dieser Aufwand ist vielen Eltern zu groß. Dies führt zu einer Testflucht Bewegung nach NÖ. Das kann nicht Ziel der Wiener Teststrategie sein. Mit der Erhöhung der PCR Test Gültigkeit auf 5 Tage erreicht man ein stressfreies Freitesten. Durch den geringeren Aufwand erhöht man die Anzahl der Test Teilnehmer und erreicht damit einen besseren Schutz der Bevölkerung. 5 Tage Testgültigkeit = Familienfreundlich = höhere Teilnehmer Zahl = besseres Screening = höhere Sicherheit. Unterstützen Sie diese Petition für mehr Freiheit und Sicherheit. Danke

Datum der Einbringung:

4. Juli 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 803961-2021 GGK

Ausschusssitzung:

10. September 2021

13) Fahrradfahren mit Verantwortung

Inhalt der Petition:

Es gibt jährlich mehrfache Unfälle oder Sachbeschädigungen durch Radfahrer insbesondere dann mit Fahrerflucht, deshalb sollten diese etwas mehr Verantwortung erbringen da sie auch ein Fahrzeug lenken und somit ein Kennzeichen, ein Nachweis über die Eignung und eine Versicherung wichtig wäre um wieder ohne Sorgen gemeinsam und achtsam die Straße zu teilen

Datum der Einbringung:

5. Juli 2021

Form der Einbringung:

Elektronisch

Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62 – 805179-2021 GGK

Ausschusssitzung:

10. September 2021

C. Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen

Gemäß § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien ist die Abgabe von Unterstützungserklärungen bis zum Ablauf eines Jahres ab Einbringen einer Petition möglich.

Folgende 17 Petitionen erreichten im Jahr 2021 nicht binnen Jahresfrist die erforderlichen 500 Unterstützungserklärungen im Sinne des § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien. Diese wurden daher ohne Befassung des Petitionsausschusses abgeschlossen.

1) CHANCEN FÜR ALT-PENZING - Für ein lebenswertes Grätzl

Inhalt der Petition:

Wir wollen mit dieser Initiative die Auswirkungen der Wohnungsneubauten mit geplanten rund 515 neuen Wohnungen in der Penzingerstraße und der Cumberlandstraße aus städtebaulicher und verkehrsmäßiger Sicht abfedern und innovative Konzepte der Nutzung des öffentlichen Raums erproben. Unsere Anliegen im Detail: 1. INDIVIDUALVERKEHR: * Verkehrsberuhigung in der Nisselgasse -> Fußgängerzone + Busspur * Durchzugsverkehr in den 13. Bezirk: Geänderte Verkehrsführung vom 14. in den 13. Bezirk: Verkehrsführung NEU über Einwanggasse -> Hadikgasse stadteinwärts bis Kennedybrücke * Ausweitung der 30 km/h Zone und Kontrolle des Tempolimits 2. ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR/ RADVERKEHR: * Erhöhung der Taktung der S-Bahn S50 ganztags * S-Bahn-Verbindung Richtung Meidling/Hauptbahnhof über Penzing-Speising * Verbesserung der Radwegführung stadteinwärts (Penzingerstraße/Wiental) 3. STADTBILD/ FREIRAUMAUSSTATTUNG: * Rückstufung der Bauklasse des Projekts Cumberlandstraße 38 von Bauklasse IV auf die ortsübliche Bauklasse III * Schaffung von Aufenthaltsangeboten und offenen Räumen als Treffpunkte, Gestaltung von Sitzmöglichkeiten und Pflanzung von Bäumen * Erhaltung der Bäume am Eingang BUWOG Gelände - Gestaltung eines grünen Freiraums im Bereich der T-Kreuzung Penzingerstraße/Nisselgasse - Bäume sind für Beschattung und Kühlung entlang der Straßen wichtig, nicht nur innerhalb eines Wohngebiets. 4. KINDERGARTEN/ SCHULE/MUSIKSCHULE: * Zeitgerechte Planung der Abdeckung der erhöhten Bedürfnisse an Kindergarten-, Schul- und Musikschulplätzen 5. NAHVERSORGUNG/ FREIZEITANGEBOTE: * Einrichtung einer Filiale von VHS, Musikschule und öffentlicher Bücherei * Schaffung von konsumfreien Räumen/ Veranstaltungsräumen

Datum der Einbringung:

7. Oktober 2019

Form der Einbringung:

Elektronisch

2) Gesicherte Standplätze für E-Oldtimer Autos in der Innenstadt in Wien

Inhalt der Petition:

Wir brauchen für die E-Oldtimer Autos in Wien dringend eigene Standplätze (etwa nahe Stephansplatz, Heldenplatz, Albertinaplatz) da wir derzeit keine Möglichkeit haben legal mit den Autos zu parken und unsere Tätigkeit auszuüben. Ohne eigene Standplätze sind wir permanent der Straffälligkeit ausgesetzt.

Datum der Einbringung:

20. November 2019

Form der Einbringung:

Papierformat

3) Deine Chance für neue LEBENSadern im Herzen von Währinger-Straße und Gentzgasse

Inhalt der Petition:

In der Gentzgasse soll der Kfz-Verkehr als Einbahn stadtauswärts und in der Währinger Straße als Einbahn stadteinwärts geführt werden. Die Straßenbahn wird in der Linienführung nicht verändert und weiterhin in der Währinger Straße bzw. ab dem Aumannplatz in der Gentzgasse in beiden Richtungen geführt werden. Die Aufenthaltsqualität in der Währinger Straße ab dem Aumannplatz stadteinwärts wurde durch den Umbau im Jahr 2018 deutlich verbessert. Jedoch sind im kompletten Bereich der Gentzgasse und dem äußeren Teil der Währinger Straße weiterhin unter anderem folgende gravierende Schwächen vorhanden: _ Die Gentzgasse hat in der vollen Länge keinerlei Aufenthaltsqualität und ist Kfz-dominiert und es kommt daher trotz Tempo 30 zu erhöhter Geschwindigkeit durch den Kfz-Verkehr. _ Auf Höhe Riglergasse sehr gefährliche Querungssituation für FußgängerInnen durch schlechte Sichtachse in der Kurve. _ Die Währinger Straße hat zwischen dem Aumannplatz und der Simonygasse keinerlei Aufenthaltsqualität und ist Kfz-dominiert und es kommt daher trotz Tempo 30 zu erhöhter Geschwindigkeit durch den Kfz-Verkehr. _ Vor der Hans-Radl-Schule ist die Sicherheitssituation für die SchülerInnen sehr unbefriedigend. _ Der Aumannplatz hat keinen Platzcharakter, da er von allen Seiten vom fließenden Verkehr eingefasst ist. _ Unübersichtliche Kreuzungssituation am Aumannplatz von der Währinger Straße stadteinwärts Richtung Gentzgasse (vor Cafe Aumann). _ Es gibt für AlltagsradfahrerInnen keine adäquate radiale Radroute durch den Bezirk vom Gürtel nach Gersthof. Im Detail werden folgende Änderungen in der Verkehrsführung vorgeschlagen: _ Einbahn in der Währinger Straße stadteinwärts in der vollen Länge von der Simonygasse bis zur Semperstraße. _ Einbahn in der Gentzgasse stadtauswärts in der vollen Länge von der Semperstraße bis zur Simonygasse bzw. Gersthofer Straße. _ Sperre des Aumannplatzes in der Achse Vinzenzgasse/Lazaristengasse (vor dem Cafe Aumann) für den querenden Kfz-Verkehr und Platzverengung des Aumannplatzes bis vor Haus Nr. Aumannplatz 1. Die Straßenbahn kann weiterhin in diesem Bereich von der Währinger Straße in die Gentzgasse verschwenken, ähnlich der neu gestalteten Situation am Johann-Nepomuk-Berger-Platz. _ Öffnen des Aumannplatzes in der Verlängerung der Türkenschanzstraße für beide Fahrtrichtungen, um die Zufahrt von Gersthof kommend in die Türkenschanzstraße weiterhin zu ermöglichen (Ergänzend soll aus demselben Grund die Haizingergasse im kurzen Abschnitt zwischen Türkenschanzstraße und Lazaristengasse in beide Richtungen geöffnet werden.) und Errichtung eines Linksabbiegestreifens in der Währinger Straße stadteinwärts (auf Höhe Hausnr. 166) in Richtung Türkenschanzstraße. _ Umgestaltung des Kreuzungsplateaus Währinger Straße/Simonygasse mit Reduktion der Straßenquerschnitte (u.a. dadurch Schaffung einer Torwirkung zur Einfahrt in die Währinger Straße). _ Mit Ausnahme der beiden vorgeschlagenen Änderungen am Aumannplatz können alle weiteren Querverbindungen zwischen Gentzgasse und Währinger Straße (und umgekehrt) unverändert bleiben. Diese relativ einfach umzusetzenden Änderungen in der Verkehrsführung ermöglichen eine starke Aufwertung beider Straßenzüge und des Aumannplatzes, da aufgrund der Reduktion der nötigen Fahrstreifen viel Fläche frei wird. Dies würde unter anderem folgende Vorteile bringen: _ Die

Währinger Straße erhält einen weiteren Schub als Einkaufsboulevard. _Die Gentzgasse und der äußere Teil der Währinger Straße würden am meisten ihr Gesicht zum Positiven verändern. _Ein durchgehender Radweg in der Gentzgasse vom Gürtel nach Gersthof und breitere Gehsteige sind möglich und Bäume können gepflanzt werden. _Die Straßenquerungen für FußgängerInnen wären sicherer. _Durch die Umgestaltung der Straßenzüge kann erreicht werden, dass der Kfz-Verkehr seine Geschwindigkeit an die baulichen Gegebenheiten anpasst und Tempo 30 eingehalten wird. _Der Aumannplatz kann seinen Platzcharakter wiedererlangen.

Datum der Einbringung:

20. November 2019

Form der Einbringung:

Elektronisch

4) Rennstrecke Thaliastraße

Inhalt der Petition:

Täglich sind zahlreiche Fußgänger und Fußgängerinnen – darunter viele Kinder und Senioren - gefährlichen Situationen ausgesetzt. Dies im Umkreis mehrere Kindergärten und Schulen, sowie dem Magistratischen Bezirksamt. Diese Gefahrensituationen rühren meist aus regelwidrigem Verhalten einiger Kfz-Lenker*Innen. Sie beschleunigen ihre Fahrzeuge innert kurzer Strecke oftmals über die erlaubte Geschwindigkeit von 50 km/h. Insbesondere zu verkehrsschwachen Zeiten. Doch auch diese Geschwindigkeit ist angesichts der schlechten Einsehbarkeit als zu hoch einzustufen. Kinder und Senioren stehen oft sehr lange, um die Strasse überqueren zu können. Die Einschätzung der Geschwindigkeit näher kommender Fahrzeuge ist erheblich erschwert. Wege zu sicheren Überquerungs-möglichkeiten sind oftmals zu lange. Insbesondere im Bereich Panikengasse/ Liebhartsgasse ist ein Schutzweg erforderlich. Wir wollen den Verkehr nicht verbannen. Denn dies würde ein Abwandern der Geschäfte bedeuten und die Nahversorgung verschlechtern. Jedoch sind Massnahmen erforderlich, die die Geschwindigkeit auf der Thaliastrasse effektiv drosseln. Dies kann durch zusätzliche, bestenfalls bedarfsgeführte ampelgeregelte Übergänge, Tempo 30 (auch für die Strassenbahn) und Geschwindigkeitskontrolle geschehen. Wir fordern die Bezirksvertretung und Stadtverwaltung dazu auf, kurzfristig Massnahmen zu ergreifen, die die Sicherheit der Fussgänger wieder herstellen.

Datum der Einbringung:

24. Jänner 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

5) Ein neues Hallenbad für die Leopoldstadt

Inhalt der Petition:

Im zweiten Bezirk fehlt ein städtisches Hallenbad mit Sportschwimmbecken. Die Leopoldstadt ist ein wachsender Bezirk und hat mit dem Nordbahnhof das größte innerstädtische Stadtentwicklungsgebiet inne, in das bis zum Endausbau im Jahre 2025 20.000 neue BewohnerInnen zugezogen sein werden. Mit der Neueröffnung des Christine-Nöstlinger-Bildungscampus am Nordbahnhof im Herbst 2020 gibt es zudem einen zusätzlichen Bedarf an Schulschwimmunterricht – ohne die Möglichkeit, diesen schulortnahe durchführen zu können. Schon jetzt müssen Schulen in benachbarte Bezirke wie Brigittenau, Floridsdorf oder die Donaustadt zum verpflichtenden Schwimmunterricht ausweichen, wodurch diese Bäder an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Wir ersuchen daher den zuständigen Stadtrat ein Hallenbad mit Sportbecken in der Leopoldstadt zu errichten!

Datum der Einbringung:

2. Februar 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

6) Unbefristeter Erhalt des Wildtierbestandes im Schaugehege beim Lainzer Tor gegenüber dem Spielplatz

Inhalt der Petition:

Im Wildtiermanagement ist nachzulesen, das im Lainzer Tiergarten insgesamt der Wildtierbestand zu hoch ist und damit langfristig der Lebensraum der Tiere bedroht ist. Auch durch die vollständige Ummauerung gibt es keinen Austausch mit freilebenden Wildtieren, was sich langfristig auch nachteilig auswirkt. <https://www.wien.gv.at/umwelt/wald/erholung/lainzertiergarten/lebensraum/wildtiermanagement.html> Vorgesehen ist eine Reduktion des Wildtierbestandes auf ein verträgliches Ausmaß. Dies kann durch Bejagung, Fütterungsreduktion, Geburtenkontrolle und andere Maßnahmen erfolgen. In diesen Punkt muss den Experten geglaubt werden. Allerdings darf sich die Reduktion des Tierbestandes nicht auf das Schaugehege beim Lainzer Tor auswirken. Die Tiere in diesem Schaugehege gelten gesetzlich als Farmwild, da natürlich ein Gehege keine natürliche Umgebung darstellt und die Tiere dort nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten versorgt werden müssen. Die Kosten für die Erhaltung des Schaugeheges sind wohl leicht als ganz kleiner Posten im Gemeindebudget zu decken. Für ein Schaugehege ist, verglichen mit dem Tiergarten Schönbrunn, sehr großzügig und die Tiere können sich, auf dem immerhin 20.000m² großen Areal, frei bewegen. Die Lage des Schaugeheges ist für die zahlreichen Besucher von Jung bis Alt ideal, da sowohl von Senioren als auch von Kindern keine weiten Strecken zurück gelegt werden können um Tiere zu beobachten. Durch die Nähe zum Lainzer Tor und zum Spielplatz wird dieses Erlebnis vielen Menschen ermöglicht. Auf dieser großen Fläche verlaufen sich natürlich die Tiere. Durch die bisherige Bestandsdichte ist gewährleistet, dass immer irgendwo etwas zu sehen ist. Generationen von Eltern und Kindern haben bisher die Möglichkeit gehabt die Wildtiere aus nächster Nähe zu beobachten. In diesem Umfang soll das auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Gerade für Kinder ist es etwas besonderes, diese Tiere, die sie sonst nur aus Bildern und Märchen kennen, als lebendige Wesen wahrzunehmen. Damit können den Kindern Werte wie Natur und Umwelt vermittelt werden und so ein Beitrag zu einem verantwortungsvollen und sorgsamem Umgang mit der Umwelt geleistet werden. Die Unterzeichner dieser Petition fordern mit ihrer Unterschrift den Erhalt des 2ha großen Schaugeheges beim Lainzer Tor im bisherigen Umfang mit der bisherigen Bestandsdichte verschiedener Wildtiere.

Datum der Einbringung:

7. Februar 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

7) Ringstraße für Fußgänger*innen öffnen

Inhalt der Petition:

Im Zuge der derzeitigen Quarantäne Situation fordern wir die Stadt Wien und die Bezirksvertretungen des 1. Bezirks dazu auf, die Wiener Ringstraße an Wochenenden für den Autoverkehr zu sperren, um es der Bevölkerung zu ermöglichen, sich in Ruhe und mit ausreichend Mindestabstand an der frischen Luft zu bewegen. Aufgrund des reduzierten Autoverkehrs im Zuge des reduzierten öffentlichen Lebens, ist die Wiener Ringstraße gerade an Wochenenden keine Hauptverkehrsader, und zusätzlich durch die sogenannte 2er Linie redundant. Ebenso reduziert die Sperre der Bundesgärten durch die Republik gerade in den inneren Bezirken den öffentlichen Raum für Spaziergänger:innen, Radfahrer:innen und diverse andere Freizeitaktivitäten, die gerade jetzt für die Menschen wichtig sind. Die Wiener Ringstraße, ursprünglich als Flaniermeile konzipiert, bietet daher den idealen Raum, um diese Sperre vorübergehend auszugleichen.

Datum der Einbringung:

29. März 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

8) Risikofreie und Faire Wahlordnung in COVID-19 Pandemie-Zeiten

Inhalt der Petition:

In Wien stehen in der Zeit der höchsten Ansteckungsgefahr, dem Herbst 2020, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen an. Die von der Bundes- und Stadtregierung herangezogenen Experten sind der Auffassung, der österreichischen Gesellschaft steht zumindest noch eine weitere Welle an Infektionen mit SARS-4 Viren und nachfolgender COVID-19 Erkrankung bevor. Das Risiko in Grossstädten ist dabei am Grössten. Diese Risiken bestehen bei der kommenden Wahl folgend: Vorwahlzeit Jene Parteien, die nicht im Gemeinde- oder Nationalrat vertreten sind, müssen für eine Kandidatur um eine Vielzahl an Unterstützungserklärungen werben. Kreiswahlvorschläge für den Gemeinderat: wenigstens 100 Personen Bezirkswahlvorschläge für die Bezirksvertretung: wenigstens 50 Personen Schon aus finanziellen Einschränkungen sind diese wahlwerbenden Parteien auf eine Vielzahl persönlicher Kontakte angewiesen. Dabei kann es zu vermehrten Kontakten kommen, die die Ansteckungsgefahr erhöhen.

Aus den angeführten Gründen kommt es in der Zeit, in der Parteien für den Wahlantritt um tausende Unterstützungserklärungen persönlich sammeln müssen zu einer hohen Frequenz persönlicher Gespräche. In Zeiten der hohen Ansteckungsgefahr können sowohl durch persönliche Entscheidungen der einzelnen Personen, als auch im Zuge von präventiven behördlichen Anordnungen, diese für die Überzeugungsarbeit notwendigen Sozialen Kontakte verunmöglicht sein. Dadurch entsteht eine unfaire Situation für jene Parteien, die auf das Sammeln von tausenden Unterstützungserklärungen angewiesen sind, im Gegensatz zu jenen Parteien, die über Unterstützungserklärungen von 5 Nationalratsabgeordneten verfügen. Ansinnen: Damit das Risiko von neuerlichen Anstieg von COVID-19 Erkrankungen minimalst bleibt, sollen alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, um möglichst wenig Kontakt zwischen Menschen sicherzustellen. Um das Risiko durch Sammlung von Unterstützungserklärungen im öffentlichen Raum zu minimieren, soll die Anzahl der erforderlichen Unterstützungserklärungen auf das Niveau der Nationalratswahl, 500 Unterstützer für gesamt Wien, reduziert werden.

Jede in Wien wahlberechtigte Person soll unabhängig des Wohnbezirks eine Unterstützungserklärung für eine wahlwerbende Partei in jedem Bezirk abgeben können. Die Stadtregierung wird gebeten, in einer sofort einberufenen Sondersitzung rechtzeitig vor der Wahlausschreibung mit der Wiener Wahlordnung die gesetzliche und organisatorische Grundlage zu schaffen, um das Risiko in Vorwahlzeiten und am Wahltag möglichst zu reduzieren und um damit auch faire Wahlen mit folgendem Vorschlag sicherzustellen.

- 1.) Senkung der notwendigen Unterstützungserklärungen für die wahlwerbenden Parteien; höchstens auf das Niveau für die Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl (500 für gesamt Wien).
- 2.) Ermöglichen der Abgabe einer Unterstützungserklärung auf dem Wege der elektronischen Signatur.

3.) Senkung der ausreichenden Unterstützungserklärungen von Nationalratsabgeordneten, derzeit 5 auf 1. 4.) Aufhebung des Druckkostenbeitrages. In Folge soll die Reform der Wahlordnung genutzt werden, um sie fair im Sinne von Gleichbehandlung aller wahlwerbenden Parteien umzusetzen.

Datum der Einbringung:

19.Juni 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

9) Verkehrsberuhigung im 22. Bezirk

Inhalt der Petition:

Da die Steigenteschgasse im 22. Bezirk zunehmend als „Schleichweg“ für den Durchzugsverkehr in Richtung Stadt und Südost-Tangente genutzt wird, hat sich hier die Wohnqualität und Verkehrssicherheit massiv verschlechtert. Es gibt entlang der Steigenteschgasse nur eine einzige Fahrbahnerhöhung in Höhe Portnergasse, auch gilt eine 30km/h Beschränkung, die aber leider von vielen KfZ-LenkerInnen ignoriert wird. In einigen Straßen in der Umgebung, in denen es kein so großes Verkehrsaufkommen gibt, wurden bereits mehrere Fahrbahnerhöhungen errichtet und so eine Erhöhung der Verkehrssicherheit erreicht. Wir fordern daher auch in der Steigenteschgasse zumindest eine zusätzliche Fahrbahnerhöhung in Höhe des Mergenthalerplatzes / Haltestelle 94a, um hier den Durchzugsverkehr einzubremsen und das Überqueren der Straße sicherer zu machen. Immerhin befinden sich in unmittelbarer Umgebung ein Kindergarten, eine Volksschule, ein Freibad und das Orpheum.

Datum der Einbringung:

14. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

10) Citybike Wien

Inhalt der Petition:

Das Citybike Wien gehört zu unserer Stadt, wie der Würstelstand zum Prater. Nicht nur wird dadurch die nachhaltige Fortbewegung gefördert, sondern es verkörpert ebenso eine kostengünstige und schnelle Alternative zu Öffis und auch Autos. Der Abbau von Citybikes stellt einen Rückschritt in der sozialen und nachhaltigen Entwicklung Wiens dar. Wie kann die lebenswerteste Stadt der Welt das verantworten?

Datum der Einbringung:

20. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

11) Koloniestraße Höhe Nr. 81 (21. Bezirk): (Wieder-)Errichtung eines gesicherten Schutzweges/Zebrastrreifens

Inhalt der Petition:

Bauprojekte Ödenburgerstraße und Waldpark Koloniestraße / Trillerpark ALTERSGERECHT und FAMILIENSICHER miteinander verbinden (Höhe Nekulagasse)

1. Ein bereits aufgrund einer Baustelle errichteter Schutzweg wurde von der zuständigen Magistratsabteilung 46 wieder entfernt.

2. Die MA46 hatte eine "Verkehrszählung" vorgenommen und vertritt nun die Position, die Fußgänger-Frequenz sei zu gering, um an dieser Stelle einen Schutzweg dauerhaft zu rechtfertigen.

3. Direkte Interventionen betroffener Anrainerinnen und Anrainer beim Bezirksvorsteher, der zuständigen Stadträtin und der Verwaltung sind leider fruchtlos geblieben. -->

DIESE PETITION SOLL DIE VERANTWORTLICHEN VOM HANDLUNGSBEDARF ÜBERZEUGEN - es geht vor allem auch um die Sicherheit von Kindern!

Argumente:

+ Neue Wohnbauten zeichnen sich durch eine besonders hohe Anzahl an Kindern aus. Der Mindestschutz für Kinder ist die Errichtung eines Zebrastrreifens / Schutzweges, wenn schon der Bedarf nach einer Ampel behördlich verneint wird.

+ Kinderspieleinrichtungen befinden sich auf beiden Seiten der Koloniestraße, auch im Waldpark.

+ Ein Zebrastreifen bringt aufgrund der Geschwindigkeitsreduktion eine Reduktion der Lärmbelästigung für die Anrainerinnen und Anrainer.

+ Beiderseits der Koloniestraße sind Geschäfte, Dienstleister und Nahversorger errichtet worden bzw. in Planung (z.B. Supermärkte, Lokale, Sporteinrichtungen).

+ Schulwege enden nicht deshalb, weil auf einmal eine belebte Straße kommt.

+ Der Schutzweg erleichtert den Weg zum Marchfeldkanal, einem beliebten Naherholungsgebiet.

+ Die nächste legale Querungsmöglichkeit besteht bei der S-Bahn Station Koloniestraße und wird aufgrund des großen Umweges nicht wahrgenommen, stattdessen wird die Straße ohne Schutzweg überquert. Die 90 Grad Kurve Ecke Koloniestraße / Trillergasse sorgt für zusätzliche Unsicherheit.

+ Ein Schutzweg schafft für alle Verkehrsteilnehmenden mehr Sicherheit, auch für die Autofahrer. Aufgrund der unregelmäßigen Situation müssen Autofahrer derzeit überall befürchten auf wagemutige Fußgänger zu stoßen, die irgendwie versuchen über die Straße zu kommen.

Datum der Einbringung:

30. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

12) Externe Angebote in Kindergärten

Inhalt der Petition:

In einer Hauruck Aktion wurde von der Stadt Wien, der MA11, ein Verbot von externen Angeboten in Kindergärten ausgesprochen. Dieses Verbot gilt nicht nur während der Corona Zeit sondern soll generell ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 gelten. Hierdurch wird den Kindern ein wertvolles Angebot an vielen Sport- und Kreativangeboten genommen. Weiters wird vielen externen Trainern von einem Augenblick auf den anderen und anscheinend ohne die Konsequenzen zu bedenken die Lebensgrundlage entzogen! Durch diese Aktion wird den Kleinsten viel an pädagogisch wertvollen Kursen verwehrt und andererseits, gerade in der schwersten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, die wirtschaftliche Lage einer ganzen Branche massiv gefährdet. Die Kindergartenbetreiber wurden informiert, dass Kinder deren Familien finanziell schlechter gestellt sind, diese Angebote nicht wahrnehmen könnten. Leider wurde kein einziger Versuch gestartet, eine Lösung zu finden und die Eltern einzubeziehen. Diese wurden vor vollendete Tatsachen gestellt! Auch in der Vergangenheit gab es in Schulen und Kindergärten immer wieder gute Lösungen, bei denen sich beispielsweise Eltern gegenseitig unterstützt haben. Anstatt sich Fördermodelle für Familien mit geringen Einkommen zu überlegen, werden seitens der Stadt Wien einfach Verbote ausgesprochen. Die Stadt Wien wird aufgefordert, dieses Verbot zurückzunehmen und bei Bedarf jene Familien, welche in einer finanziell schwierigen Situation sind, zu fördern. Es soll allen Kindern gleich gut und nicht gleich schlecht gehen!

Datum der Einbringung:

31. Juli 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

13) Reduzierung der Geschwindigkeit der Straßenbahnlinie 11 zwischen den Stationen Otto-Probst-Straße und Tesarekplatz

Inhalt der Petition:

Am Dienstag den 23. Juli 2020 ereignete sich zwischen den Stationen Otto-Probst-Straße und Tesarekplatz ein fürchterlicher Verkehrsunfall mit Todesfolge. Ein in der Wohnsiedlung bekannter und sehr beliebter älterer Herr ist von der Garnitur der Straßenbahnlinie 11 erfasst worden und erlag noch vor Ort trotz Wiederbelebungsversuche seinen schweren Verletzungen. Die Anteilnahme und Trauer ist sehr groß. Mit dem Verstorbenen verliert die Otto-Probst-Siedlung ein echtes Original.

Der tödliche Unfall ereignete sich entlang der Otto-Probst-Straße beim Übergang zum Friedrich-Adler-Weg. Dieser Übergang erzeugt bei den Bewohnern durch eine teilweise Sicht auf die Straße und die Straßenbahn durchaus regelmäßig Unsicherheit. Aufgrund dieses Unfalles wurde dieses Unsicherheitsgefühl noch verstärkt. Es wurde der Wunsch nach sicherheitsfördernden Maßnahmen z.B. der Reduzierung der maximalen Höchstgeschwindigkeit der Straßenbahn laut. Die Straßenbahn der Linie 11 darf ab der Station Förderplatz auf eine Geschwindigkeit von bis zu 60 km/h erhöhen, wobei die Autos auf 30 km/h beschränkt sind.

Unsere Forderungen/Vorschläge für diesen Übergang, wären folgende:

- * Reduzierung der Geschwindigkeit bei der Kurve auf maximal 20 km/h
- * Eine Ampel die zum Blinken beginnt, wenn die Straßenbahn die Station verlässt
- * Oder ein Schranken

Datum der Einbringung:

11. August 2020

Form der Einbringung:

Papierformat

14) Längere Grünphase für Fußgänger/innen bei der Kreuzung St. Marx

Inhalt der Petition:

Problembeschreibung: Die Ampelanlagen an der Kreuzung St. Marx sind am Rennweg (zwischen Nr. 102 und Nr. 104) für Fußgänger/innen mit einer zu kurzen Grünphase programmiert, die gerade ausreicht, um zur Verkehrsinsel zu gelangen, nicht aber um die Landstraßer Hauptstraße zu überqueren. Die vom Rennweg in die Landstraßer Hauptstraße rechts abbiegenden PKWs und LKWs halten oft nicht mehr, wenn Fußgänger/innen während des Überquerens ein rotes Fußgängersignal erhalten. Dies hat in jüngerer Vergangenheit immer wieder zu Situationen geführt, die gefährlich für Fußgänger/innen waren, insbesondere für jene mit Kindern bzw. Kinderwagen und für ältere Personen. Die Kreuzung wird regelmäßig von Kindern am Weg in die Kindergärten Dr.-Bohr-Gasse und Viehmarktgasse sowie in die Kindergruppe World am Rennweg 102 benutzt. Glimpflich verlaufene Zusammenstöße wurden bereits der Bezirksvorstehung gemeldet. Hinzu kommt, dass die Straßenbahn der Linie 18 oft noch beim langsamen Einfahren in die Station ist, während das Fußgängersignal auf Grün springt, sodass Fußgänger/innen selbst während ihrer Grünphase nicht von der Verkehrsinsel auf den Gehsteig gelangen können. Geforderte Maßnahme: Die Anlagen sollen unter Berücksichtigung der Einfahrt der Straßenbahnlinie 18 in die Station fußgängerfreundlicher programmiert werden: Wenn keine Straßenbahn in die Station ein- oder ausfährt, sollten die Fußgänger eine längere Grünphase erhalten. Das Mindeste wäre das Anbringen von orange blinkenden Lichtsignalen mit Fußgängersymbolen, die die abbiegenden PKWs und LKWs vor Fußgängern/innen warnen, die sich aufgrund der zu kurzen Grünphase noch auf der Fahrbahn am Schutzweg befinden, selbst wenn das Fußgängersignal gerade auf rot gesprungen ist (diese Lichtsignale gibt es an der Kreuzung bereits bei der Querung des Rennwegs). Das würde der Unfallvermeidung vorbeugen und die Sicherheit von Fußgängern/innen erhöhen.

Datum der Einbringung:

27. August 2020

Form der Einbringung:

Papierformat

15) Umbenennung des Karl Marx Hofes – Black-Lives-Matters – Null Toleranz für Antisemitismus und Rassismus

Inhalt der Petition:

Karl Marx war durch und durch Anti-Semit und Rassist. Der Antisemitismus und Rassismus der Herrn Karl Marx darf nicht länger mit dem damaligen Zeitgeist entschuldigt werden. Seine antisemitische Haltung ist eindeutig: Im Essay "Zur Judenfrage" schreibt er "Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld." Auch in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ finden sich weitere antisemitische Passagen. Die antisemitische und rassistische Grundhaltung von Karl Marx geht am deutlichsten aus einem Brief an Engels (Juli 1862) hervor in dem er seinen Ärger über den sozialistischen Kämpfer Ferdinand Lassalle freien Lauf lässt. Marx bezeichnet darin Lassalle als jüdischen Nigger. Marx führt darin weiters aus dass Lassalle, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, – von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft. Marx verwendet im Brief bewusst den schon damals als abwertend empfundenen Begriff Nigger und nicht nur den damals noch als neutral konnotierten Begriff Neger. Die Stadt Wien muss unter dem Aspekt der Black-Lives-Matter Bewegung eindeutig und unmissverständlich von Rassismus und Antisemitismus distanzieren und den Karl-Marx Hof umbenennen. Es ist aufgeklärten Weltbürgern nicht zuzumuten in einer Stadt zu leben, in der eines der größten kommunalen Bauwerke nach einem Rassisten und Antisemiten benannt ist. Quellen: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/karl-marx-rassist-chemnitz-100.html> <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/jude-antisemit-und-hassobjekt/> https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00046962/06_Hund_Juedische_Nigger_Lassalle.pdf https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band30.pdf#S257 http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_347.htm

Datum der Einbringung:

11. September 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

16) Aussetzung aller Landesabgaben und -steuern für Hotels, Gasthäuser, Restaurants, Kaffeehäuser bzw. sämtlicher Tourismusbetriebe min. 6 Monate.

Inhalt der Petition:

Das Team HC Strache fordert auf Grund der von der Regierung beschlossenen Zwangsmaßnahmen und Regelungen, wie teilweiser/vollständiger Schließung, Sperrstundenänderung und eingeschränkt zugelassener Personenanzahl, die sofortige Aussetzung aller Landesabgaben und -steuern von oben genannten Wirtschaftstreibenden!

Begründung: Die derzeitige wirtschaftliche Situation oben genannter Betriebe, bedingt durch die Regelungen der von der Regierung beschlossenen Coronamaßnahmen und damit verbunden, durch das Ausbleiben der Touristen und Gäste, ein drastischer, existenzbedrohender Umsatzeinbruch, macht es notwendig, die Forderung nach Aussetzung aller Landesabgaben und -steuern wie z.B.: - Luftsteuer - Schanigartenabgabe - etc. für mind. 6 Monate - Es geht um die Sicherung von vielen Arbeitsplätzen und Existenzen! - Begründung: Beispiel: Wegfall von Firmenweihnachtsfeiern, Hochzeiten, Geburtstagsfeiern etc. wegen Personenanzahlbeschränkungen

Datum der Einbringung:

29. September 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch

17) Keine öffentlichen Gelder für heute und Österreich/oe24

Inhalt der Petition:

Die Medienplattformen von ÖSTERREICH, heute und der Kronenzeitung sollen angesichts der untragbaren Berichterstattung zum Terroranschlag vom 2. November 2020 keine öffentlichen Gelder mehr erhalten und die Verteilung in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt Wien eingestellt werden.

Datum der Einbringung:

3. November 2020

Form der Einbringung:

Elektronisch